

Nr. 1 August 2020

hin sehen

Halbjahresmagazin
der Opferberatung Rheinland

■ **THEMENSCHWERPUNKT** 2

Was hat Hanau mit mir zu tun?

■ **Perspektiven
von Betroffenen** 7

■ **Beratung der OBR** 12

■ **Rechte Gewalt in NRW** 16

■ **Bildungsarbeit der OBR** 18

■ **Service** 22

Was hat Hanau mit mir zu tun?



Editorial

Liebe Kolleg*innen, Leser*innen und Interessierte,

vor Ihnen liegt das erste Halbjahresmagazin namens *Hinsehen* der Opferberatung Rheinland (OBR).

Hinsehen – dieser Titel unseres Magazins wurde aus zwei unterschiedlichen Gründen gewählt:

Zum einen möchten wir auf die Vielzahl von rechten, rassistischen, antisemitischen und weiteren menschenverachtenden Gewalttaten in Nordrhein-Westfalen und Deutschland hinweisen, da diese viel zu oft übersehen werden. Demnach verstehen wir das bewusste Hinsehen als Aufforderung, sich dem erschreckenden Ausmaß von Gewalt als einem gesamtgesellschaftlichen Problem zu stellen. Zum anderen möchten wir eine Plattform schaffen für Perspektiven von Betroffenen dieser Gewalt, indem die Arbeit und die Forderungen von Selbstorganisationen, Betroffeneninitiativen und engagierten Akteur*innen fokussiert werden. An dieser Stelle ist das Hinsehen und Hinhören von wichtiger Bedeutung, denn es gibt zahlreiche und zunehmend mehr emanzipatorische Bewegungen, Stimmen und Beiträge. Da diese jedoch oft nicht oder kaum gesehen und gehört werden, möchten wir mit diesem Magazin zusätzlich einen Raum schaffen, indem diese Perspektiven und Stimmen gesehen, gehört, gelesen und verbreitet werden.

Die erste Ausgabe des Magazins widmet sich in ihrem Schwerpunkt dem rassistischen und rechtsterroristischen Anschlag von Hanau, bei dem am 19. Februar 2020 zehn Menschen ums Leben kamen. Rechte, rassistische und antisemitische Gewalttaten sind kein neues Phänomen in unserer Gesellschaft. Auch in Nordrhein-Westfalen gibt es eine Kontinuität solcher Angriffe und Anschläge. Diese reichen vom Brandanschlag am 26. August 1984 auf das Wohnhaus der Familie Satir in Duisburg und dem Brandanschlag am 28./29. Mai 1993 auf das Wohnhaus der Familie Genç in Solingen über den Sprengstoffanschlag am 27. Juli 2000 am S-Bahnhof Wehrhahn in Düsseldorf

und den Anschlag am 09. Januar 2001 in der Probsteigasse bis hin zum Nagelbombenanschlag am 09. Juni 2004 in der Keupstraße in Köln und der Ermordung von Mehmet Kubaşık am 04. April 2006 in Dortmund. Darüber hinaus erleben zahlreiche Menschen tagtäglich rassistisch und antisemitisch motivierte Angriffe und Gewalttaten. Viele dieser Taten gelangen nicht an die Öffentlichkeit. Doch reihen sie sich ein in die länger werdende Liste rassistischer, antisemitischer und rechter Gewalttaten, deren gesamtes Ausmaß wir derzeit nur erahnen können. Mit dem Schwerpunktthema „Was hat Hanau mit mir zu tun?“ wollen wir den Bogen spannen zwischen dem Gedenken an die Opfer, Überlebenden und Hinterbliebenen, der gesellschaftlichen Aufarbeitung des rassistischen Anschlags in Hanau und dem Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt. In unserer Arbeit als Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt im Rheinland fordern wir die Stärkung von und die Solidarisierung mit Betroffenen sowie eine klare Haltung und ein konsequentes Handeln für unsere vielfältige Gesellschaft. Rassismus und rassistische Anschläge wie in Hanau betreffen uns alle – wenn auch auf unterschiedliche Weise.

Wir möchten uns an dieser Stelle ganz herzlich für das Vertrauen und die zur Verfügung gestellten Artikel von Initiativen, Betroffenen und externen Autor*innen, für ihre Perspektiven und Worte in dieser ersten Ausgabe unseres Magazins bedanken!

Als Team der OBR berichten wir aus unserer Arbeit. Neben dem Schwerpunktthema finden Sie in dieser Ausgabe Berichte aus der Beratungs-, Recherche- und Bildungsarbeit der OBR und einen Serviceteil mit Hinweisen zu bevorstehenden Veranstaltungen sowie Medientipps und Ratgebern für Betroffene. Dabei fokussieren wir immer die Unterstützung unserer Beratungsnehmer*innen sowie die stärkende Arbeit an der Seite von Betroffenen.

Solidarische und herzliche Grüße

Ihr Team der OBR

In Gedenken an die Opfer von Hanau

Bei dem rassistischen und rechtsterroristischen Anschlag in Hanau kamen am 19. Februar 2020 insgesamt zehn Personen ums Leben. Neun Opfer wurden in und vor zwei Shishabars sowie auf der Fahrt zwischen den Orten erschossen. Später erschoss der Täter außerdem seine Mutter und sich selbst. Aufgrund rassistischer Motive mussten vermeintlich Fremde ihr Leben lassen. Doch die Opfer waren entgegen einiger Medienberichte keine Fremden, sie waren Menschen und Mitbürger*innen. Dies ändert sich auch nicht durch rassistische Zuschreibungen anhand von Aussehen, Ethnizität, Religion und Herkunft. Der rassistisch und rechts motivierte Anschlag in Hanau zeigt erneut: Rassismus und rechter Terror töten.

Wir (als Mehrheitsgesellschaft) müssen hinschauen, hinzuhören und Worte wie auch Taten (von rechter Ideologie motiviert) ernst nehmen.

Wir müssen uns normalisierten rassistischen Denk- und Handlungsmustern bewusst werden.

Wir müssen anerkennen, dass nicht alle gleich von Rassismus getroffen werden.

Wir müssen im Kleinen wie auch im Großen hinschauen, mutig sein und aufstehen gegen jegliche Rassismen und Diskriminierungen.

Wir müssen einstehen für eine offene und tolerante, vielfältige Gesellschaft.

Wir müssen uns aktiv positionieren gegen Rassismus und rechte Gewalt.

Wir dürfen die Opfer nicht vergessen und müssen Taten wie die Morde in Hanau aufklären.

Damit die Tat nicht ins Vergessen gerät, haben Aktivist*innen in Hanau die Initiative 19. Februar gegründet. Sie haben sich ein Versprechen gege-

ben: „Dass die Namen der Opfer nicht vergessen werden. Dass wir uns nicht allein lassen. Dass es nicht bei folgenloser Betroffenheit bleibt.“ (Initiative 19. Februar Hanau)

Die **Initiative 19. Februar Hanau** gründete sich kurz nach den rassistischen Morden in Hanau, um Betroffenen und Angehörigen Unterstützung anzubieten sowie als kollektiver Zusammenschluss gesellschaftliche Forderungen nach Aufklärung und politischen Konsequenzen zu erheben. Seit der Gründung ist die Initiative aktiv in der Öffentlichkeitsarbeit, organisiert bundesweite Demonstrationen und schafft Räume des Zusammenkommens.

Wir gedenken der Opfer von Hanau und solidarisieren uns mit den Überlebenden sowie Hinterbliebenen.

Ferhat Unvar

Mercedes Kierpacz

Sedat Gürbüz

Gökhan Gültekin

Hamza Kurtović

Kaloyan Velkov

Vili Viorel Păun

Said Nesar Hashemi

Fatih Saraçoğlu

#saytheirnames #SagtihreNamen

Weitere Informationen der Initiative 19. Februar Hanau finden Sie [hier](#).

Das Team der OBR

Hanau war der eine Tropfen zu viel

Ferda Ataman

Nach dem rechtsterroristischen Anschlag von Hanau hat sich bundesweit eine neue Bewegung gegründet: *Migrantifa*. Sie ist dezentral organisiert von jungen, aktiven Menschen, die wissen, dass auch sie Ziel von rechtsterroristischen Angriffen sein können und dass sie von strukturellem Rassismus betroffen sind. Sie verkörpern, was viele Menschen derzeit spüren: Hanau war der eine Tropfen zu viel.

Seit Jahren berichten Einzelpersonen und Organisationen von Migrant*innen, Jüd*innen, Muslim*innen, Sinti*innen und Rom*nja, Schwarzen Menschen und weiteren People of Color, dass sie sich zunehmend bedroht fühlen. Und bedroht werden. Laut einer Studie des *Center for Research on Extremism* der Universität Oslo verzeichnete Deutschland 2019 im Vergleich zu anderen westeuropäischen Staaten die höchste Zahl an rechtsextremen Gewalttaten (vgl. Aasland Ravndal/Lygren/Ravik Jupskås/Bjørgo 2020). Hinzu kommt eine hohe Dunkelziffer.

Politische Konsequenzen wurden erst versprochen, nachdem in weniger als einem Jahr der CDU-Politiker Walter Lübcke hingerichtet wurde, in Halle ein brutaler antisemitischer und rassistischer Anschlag stattfand und ein Mann in Hanau zehn Menschen an einem Tag erschoss.

Hinter all diesen Tätern stehen unzählige Hetzer*innen und Einheber*innen. Seit 2017 sitzen in fast allen deutschen Parlamenten Politiker*innen, die man mit gutem Gewissen als faschistoide Nationalisten bezeichnen kann. Sie sind nicht zimperlich bei der Formulierung ihrer Pläne. „Moslems“, „Afrikaner“ und politische Gegner*innen möchten sie am liebsten entsorgen. Derweil verbreitet ein lauter, rechter Mob im Internet und bei öffentlichen Veranstaltungen offen eine antisemitische und rassistische Stimmung.

Wer etwas genauer hinschaut, wird es längst festgestellt haben: Wir befinden uns in einer Rassismus-Krise – ähnlich der Klima-Krise. Auch hier sind die Folgen längst sichtbar und wir müssen schnell handeln. Ähnlich wie beim Klimathema hat die Bundesregierung einen Kabinettsausschuss eingerichtet, der sich mit Rechtsextremismus und Rassismus befassen

soll. Nach jahrelangem staatlichem Ignorieren ist das Problem also immerhin erkannt, das ist ein wichtiger Fortschritt. Doch leider haben wir es noch mit einem Umsetzungsdefizit zu tun, an so vielen Stellen, dass ich sie hier nicht alle aufzählen kann. Es sind nicht nur offensichtliche Dinge, sondern auch hintergründige, strukturelle Probleme. Die Abgabenordnung ist zum Beispiel von vorgestern: Engagement gegen Rassismus ist nicht ohne weiteres als gemeinnützig anerkannt. Und es gibt kein Demokratiefördergesetz: Opferberatungsstellen und Organisationen von People of Color und Schwarzen Menschen kämpfen um ihre Existenz, weil Förderungen unsicher sind oder gestrichen werden. Und für eine konstruktive, politische Debatte fehlt es an etwas Wesentlichem: einer offiziellen Definition als Arbeitsgrundlage, die Rassismus nicht nur mit Rechtsextremismus und individuellem Handeln gleichsetzt, sondern auch strukturelle Phänomene umfasst.

Im Umgang mit Rassismus und Rechtsextremismus müssen Politik, Medien und Institutionen auf die Neustarttaste drücken. Und sie sollten bei sich selbst anfangen und sich fragen: *wie divers und offen sind unsere eigenen Strukturen? Wie viele Menschen, die von Rassismus betroffen sind, gehören bei uns zum Team, wie viele treffe ich in der Kantine?* Vielleicht haben sie dabei einen Aha-Effekt: 2020 ist ein guter Zeitpunkt, sich zu öffnen.

Autorin:

Ferda Ataman ist Publizistin und engagiert sich für eine rassismuskritische Debatte. Sie ist Sprecherin des postmigrantischen Netzwerks „neue deutsche organisationen“ und Vorsitzende der „Neuen deutschen Medienmacher*innen“. 2019 hat sie die Streitschrift „Hört auf zu fragen. Ich bin von hier“ veröffentlicht.

Quellen:

Aasland Ravndal, Jacob/Lygren, Sofia/Ravik Jupskås, Anders/Bjørgo, Tore (Hg.) (2020): RTV Trend Report 2020. Right-Wing Terrorism and Violence in Western Europe, 1990-2019. Published by: Center for Research on Extremism: The Extreme Right, Hate Crime and Political Violence. University of Oslo. Online: www.sv.uio.no/c-rex/english/topics/online-resources/rtv-dataset/rtv_trend_report_2020.pdf; letzter Abruf: 21.08.2020.

10 Forderungen nach Hanau

Stellungnahme der Amadeu Antonio Stiftung vom 6. März 2020

1. Rassismus benennen

Noch immer wird ▶ **Rassismus** verharmlost. Es ist Zeit, ihn als solchen zu benennen und nicht als Phänomen am rechten Rand abzutun. Rassismus ist tief in der Mitte unserer Gesellschaft verankert. Das anzuerkennen ist Grundlage, um wertvolle Präventionsarbeit zu leisten. Rassismus zu benennen bedeutet auch, die rassistische Stigmatisierung vermeintlich oder tatsächlich migrantischer Orte anzuerkennen. So wurden Shisha-Bars im Kontext von Diskursen der organisierten Kriminalität verortet und als anders markiert.

2. Forderungen der NSU-Untersuchungsausschüsse umsetzen

Noch immer warten zahlreiche Empfehlungen der NSU-Untersuchungsausschüsse auf ihre Umsetzung. Die offen gebliebenen Forderungen müssen umgehend evaluiert und zur Praxis

werden. Es dürfen nicht noch mehr Menschen der Beratungsresistenz der deutschen Justiz und Strafverfolgung geopfert werden.

3. Rechte Gewalt konsequent verfolgen

Noch immer fühlen sich Rechtsextreme allzu sicher, wenn sie Straftaten begehen – und das mit gutem Grund. Viel zu oft werden Strafverfahren in Fällen von Hasskriminalität frühzeitig eingestellt, sei es aufgrund von mangelnder Sensibilität für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit oder gezielt rassistischen Praktiken in den Behörden. Und selbst wenn Täter*innen verurteilt werden, bleibt die Durchführung der Haftbefehle mangelhaft. Erscheinen die Verurteilten nicht zu ihrer Haftstrafe, passiert häufig schlichtweg nichts. So kann es nicht weitergehen. Der Verfolgungsdruck bei rechter Gewalt muss höher werden, um Rassist*innen vor weiteren Taten abzuschrecken.

▶ **Rassismus (Rassifizierung)** = Rassismus ist der Prozess, in dem Menschen aufgrund tatsächlicher oder vermeintlicher körperlicher oder kultureller Merkmale (z. B. Hautfarbe, Herkunft, Sprache, Religion) als homogene Gruppen konstruiert, hierarchisierend bewertet und ausgegrenzt werden. Der klassische Rassismus behauptet eine Ungleichheit und Ungleichwertigkeit von Menschengruppen („Rassen“) auf Grundlage angeblicher biologischer Unterschiede. Im Neorassismus wird die Ungleichheit und Ungleichwertigkeit mit angeblichen Unterschieden zwischen „Kulturen“ zu begründen versucht. Rassismus ist die Summe aller Verhaltensweisen, Gesetze, Bestimmungen und Anschauungen, die den Prozess der Hierarchisierung und Ausgrenzung unterstützen. Sie beruhen auf ungleichen Machtverhältnissen.

Rassifizierung – auch bezeichnet als Rassialisierung oder Rassisierung – bezieht sich auf die Wissensebene von Rassismus. Rassifizierung beschreibt sowohl einen Prozess, in dem rassistisches Wissen erzeugt wird, als auch die Struktur dieses rassistischen Wissens. Im Einzelnen umfassen Prozess und Struktur die Kategorisierung, Stereotypisierung und implizite Hierarchisierung von Menschen. Dabei werden historisch variablen wahrnehmbaren und nicht wahrnehmbaren körperlichen (z. B. Hautfarbe, Schädelform), soziologischen (z. B. Kleidung), symbolischen und geistigen (z. B. Einstellungen und Lebensauffassungen) sowie imaginären Merkmalen (z. B. okkulte Fähigkeiten) Bedeutungen zugewiesen. Dies geschieht, indem erstens mit Hilfe dieser Merkmale gesellschaftliche Gruppen definiert – also kategorisiert – werden. Aufgrund der ausgewählten Merkmale erscheinen

die konstruierten Gruppen als naturgegebene Einheiten, die sich biologisch reproduzieren. In einem zweiten Schritt der Bedeutungszuweisung wird das Wesen der konstruierten Fremdgruppe(n) bestimmt und werden ihnen stereotype Eigenschaften zugeschrieben (Stereotypisierung) – auch diese können wieder der Kategorisierung dienen. Durch die Stereotypisierung wird spiegelbildlich das Wesen der konstruierten Eigengruppe festgeschrieben.

Rassismus und Rassifizierung lassen sich nicht voneinander trennen. Denn im Prozess der Rassifizierung ist die hierarchisierende Bewertung der konstruierten Gruppen implizit enthalten – und zwar sowohl in den Merkmalen, mit deren Hilfe die Gruppen unterschieden werden, als auch in den Eigenschaften, die den Gruppen zugeschrieben werden. Denn in der Wahl der Merkmale und der Maßstäbe, nach denen die Gruppen verglichen werden (z. B. nach Schönheitsidealen oder nach dem erreichten Stand kapitalistischer „Entwicklung“), liegt bereits ein Akt der Macht. In ihm verbergen sich Herrschaftsinteressen. Denn das erzeugte Wissen rechtfertigt rassistische Handlungen und verarbeitet sie gleichzeitig gleichsam „theoretisch“. (vgl. IDA e.V. Glossar: Rassismus; Rassifizierung)

Die Beschreibung „rassifizierte Menschen“ meint insofern Personen, die von Rassismus negativ betroffen sind und Menschen mit Rassismuserfahrungen. Dabei soll die Andersmachung von außen hervorgehoben werden. Der Fokus liegt folglich auf dem Blick von außen auf diese Menschen, denn von außen betrachtet ist die politische Position einer Person immer eine Zuschreibung.

4. Betroffene digitaler Gewalt stärken

Indes trägt der digitale Raum massiv zur Radikalisierung bei. Dabei spielen Algorithmen den Rechtsextremen in die Hände: Je radikaler der Post, desto öfter wird er ausgespielt. In der Anonymität der Sozialen Medien können Rassist*innen ihrem Hass beinahe einhaltslos freien Lauf lassen. Und selbst wenn es zum Prozess kommt, können sie sich – wie die jüngsten Urteile gegen Sawsan Chebli und Renate Künast demonstrieren – auf einen überaus umfassenden Begriff der Meinungsfreiheit berufen. Das ermutigt, weiter zu hassen. Betroffene von Hassrede hingegen bleiben mit ihren Erfahrungen viel zu oft allein. Spezialisierte Beratungsstellen für digitale Gewalt gibt es bisher nur sporadisch. Die Mittel fehlen, um flächendeckende, professionelle Arbeit zu leisten. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden. Zudem gilt es, Projekte zur Deradikalisierung von potenziellen Täter*innen im Netz zu unterstützen.

5. Demokratie wehrhaft machen

Klein klein hilft nicht mehr, unsere Demokratie muss endlich systematisch geschützt werden. Brandenburg hat bereits 2013 vorgemacht, wie das gehen kann: Das Bundesland hat den Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus in seine Verfassung geschrieben. Auch Sachsen-Anhalt hat seine Verfassung modernisiert. Das muss nun auch auf Bundesebene passieren. Es ist an der Zeit, Antirassismus und Demokratieförderung als Staatsauftrag ins Grundgesetz mit aufzunehmen. Gleichzeitig ist eine Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes erforderlich. Zentral ist hier die Einführung des Verbandsklagerechts. Nur so kann Menschen, die ohnehin schon von Diskriminierung betroffen sind, die emotionale Belastung eines Gerichtsverfahrens erspart werden.

6. Schutz für gefährdete Orte ausbauen

In der Folge von Hanau warnen Expert*innen vor Nachahmertaten: Rechtsextreme würden durch den Anschlag inspiriert und motiviert, es dem Attentäter gleich zu tun. Bereits jetzt zeigt sich, dass die Expert*innen Recht behielten. Seit Hanau wurden bereits mehrere Shisha-Bars beschossen, der Vorsitzende des Moscheenverbands Ditib angegriffen und eine Moschee mit Hakenkreuzen beschmiert. Orte, die als **▶ migrantisch ▶ gelesen werden**, sind jetzt besonders gefährdet. Deswegen gilt es, sie verstärkt unter Polizeischutz zu stellen. Zudem müssen muslimische und jüdische Einrichtungen und ihre Repräsentant*innen in besonderem Maß geschützt werden – beispiels-

weise durch die dauerhafte Präsenz von Polizist*innen vor Moscheen und Synagogen. Erst vor wenigen Monaten wurde ein Massaker an der jüdischen Gemeinde von Halle nur verhindert, weil die Eingangstür dem Beschuss des Terroristen standhielt. Sicherheitspolitische Maßnahmen können aber nur ein Teil der Antwort sein.

▶ Migrant*innen = Für den Begriff Migrant*innen wird häufig synonym die Bezeichnung „Menschen mit Migrationshintergrund“ verwendet. Beide Begriffe sind Fremdzuschreibungen für Menschen, die mit einem Blick von außen als nicht-deutsch, als Personen mit anderer Staatsangehörigkeit und als ausländisch gelesen werden. Die Begriffe werden häufig als Stigmatisierungen empfunden, da mit ihnen sogenannte „Problemgruppen“ assoziiert werden. Folglich sind mit beiden Fremdzuschreibungen negative Bewertungen verbunden. Als Fremdzuschreibungen dienen sie dazu, Personen als „anders“ und „nicht-zugehörig“ zu markieren. (vgl. NdM, Glossar: Migranten/Menschen mit Migrationshintergrund)

▶ Gelesen werden = Um Fremdzuschreibungen transparent zu machen ist es wichtig, den eigenen Blick sprachlich offenzulegen. Daher wird mit einer rassismuskritischen Sprache vermehrt davon gesprochen, dass Menschen „als xy gelesen“ und „als xy markiert“ werden: Zum Beispiel wird von „als Migrant*innen oder als BIPOC gelesenen“ Personen gesprochen. Dadurch wird deutlich, dass die Beschreibung von außen geschieht. So wird herausgestellt, dass dies nicht beschreibt, wie die Menschen selbst sind oder sich identifizieren, sondern es eine gesellschaftliche „Lesart“, eine Interpretation der Menschen aufgrund äußerlicher Merkmale gibt.

7. Null Toleranz für Rechtsextreme in Sicherheitsbehörden und Bundeswehr

Denn Sicherheitsbehörden sind Teil des Problems. Die mehrfachen Drohschreiben an die Frankfurter Anwältin Seda Başay-Yıldız wurden von einem Polizeicomputer aus dem Frankfurter 1. Revier verschickt. Die Zahl der Rechtsextremen in der Bundeswehr ist laut Zahlen des militärischen Abschirmdienstes im Jahr 2019 massiv gestiegen. Unabhängig davon, ob der sprunghafte Anstieg tatsächlich auf steigende Zahlen oder auf eine bis dato unzureichende Überprüfung durch die Sicherheitsbehörden zurückzuführen ist, ist diese Entwicklung besorgniserregend. Rechtsextreme Strukturen in der Bundeswehr müssen konsequent aufgedeckt und verfolgt werden. Zudem müssen rassistische Routinen in Sicherheitsbehörden und Bundeswehr durchbrochen werden.

8. Zivilgesellschaft stärken

In diesen Zeiten sollte die Stärkung all jener, die sich gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit engagieren, eine Selbstverständlichkeit sein. Die Realität sieht anders aus: Mehr als 120 Initiativen mussten Ende letzten Jahres gegen die Umstrukturierung des Bundesprogramms *Demokratie leben!* kämpfen. Anstatt wertvolle Projektarbeit leisten zu können, bangten sie um ihre Weiterfinanzierung. Ende Februar kam dann die nächste Hiobsbotschaft. Der Nichtregierungsorganisation Attac wurde die Gemeinnützigkeit entzogen. Für andere zivilgesellschaftliche Organisationen bedeutet das vor allem eines: Rechtsunsicherheit. Finanziell hätte der Verlust der Gemeinnützigkeit für die meisten Initiativen und Organisationen massive Folgen. Bereits im Jahr 2013 forderte der NSU-Untersuchungsausschuss ein Demokratiefördergesetz, mit dem Antidiskriminierungsprojekte endlich langfristig und nachhaltig unterstützt werden können. Ein solches Gesetz ist längst überfällig, damit die Rechtsextremismusprävention nicht an finanziellen Unwägbarkeiten scheitert. Darüber hinaus ist eine Novellierung des Gemeinnützigkeitsrechts dringend notwendig.

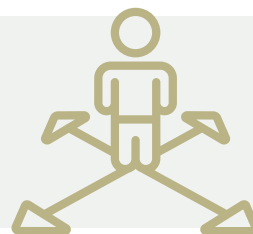
9. Diversitätskompetenz auf die Agenda setzen

In Verwaltung und Polizei, Schule und Betrieb, Zivilgesellschaft und unter Medienschaffenden fehlt es häufig schlicht an Diversitätskompe-

tenz, um rassistisches Verhalten und diskriminierende Strukturen zu erkennen. Zivilgesellschaftliche Akteure stellen bereits seit Jahren ihre Expertise zur Rassismusprävention zur Verfügung. Diese muss genutzt und Rassismusprävention zur gesamtgesellschaftlichen Querschnittsaufgabe werden.

10. Partizipation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte stärken

In einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel prangern Migrant*innenorganisationen an, dass Menschen mit Einwanderungsgeschichte im gesellschaftlichen Leben insgesamt und in politischen Institutionen im Besonderen massiv unterrepräsentiert sind. Die Bundeskonferenz der Migrant*innenorganisationen fordert unter anderem einen Partizipationsrat mit umfangreichen Befugnissen ähnlich zum deutschen Ethikrat. So gelangt Rassismusprävention endlich dauerhaft ganz oben auf die politische Agenda. Dieser Forderung schließt sich die Amadeu Antonio Stiftung an. Struktureller Rassismus, der den geistigen Nährboden für Hasskriminalität bildet, kann nur beseitigt werden, wenn Menschen mit Einwanderungsgeschichte in allen Sphären des gesellschaftlichen und politischen Lebens adäquat repräsentiert sind. Ein Kabinettsausschuss gegen Rechtsextremismus und Rassismus ist gut, wenn er nicht reine Symbolpolitik bleibt. Was wir brauchen, ist eine systematische Auseinandersetzung mit Rassismus.



„Der Täter hat nicht nur das Leben der Menschen ausgelöscht, sondern auch das der Angehörigen langfristig geschädigt“

Aynur Satır Akça ist 1984 Opfer eines mutmaßlich rassistisch motivierten Brandanschlags geworden. Sie wohnte damals mit ihrer 12-köpfigen Familie in der Wanheimer Straße 301 in Duisburg. In der Nacht vom 26. auf den 27. August wurde das vor allem von Arbeitsmigrant*innen aus der Türkei bewohnte Haus in Brand gesetzt. Ihre Mutter und sechs weitere Familienmitglieder starben in den Flammen. Frau Satır Akça war zu dem Zeitpunkt 13 Jahre alt. Nach dem Attentat von Hanau reiste sie trotz eigener Traumafolgen zu der ersten großen Gedenkveranstaltung nach Hanau, um den Hinterbliebenen und Angehörigen beizustehen.

OBR: Vielen Dank, Frau Satır Akça, dass Sie sich für dieses Interview Zeit genommen haben und bereit sind, unsere Fragen zu beantworten. Der rassistisch motivierte, rechtsterroristische Anschlag von Hanau ist nun knapp fünf Monate her. Wie präsent ist dieses Ereignis noch bei Ihnen?

Aynur Satır Akça: Ich denke immer noch sehr häufig an Hanau. Als ich von dem Anschlag das erste Mal gehört habe, war ich wirklich sehr traurig und habe einfach nicht verstanden, warum diese Menschen sterben mussten und dann kam auch immer mehr diese Wut. Ich konnte kaum in der Wohnung bleiben. Ich musste immer hin- und hergehen und war einfach wütend. Es ist auch heute noch sehr sehr traurig. Ich verstehe einfach nicht, warum diese jungen Menschen sterben mussten. Die Wut lodert auf jeden Fall immer noch in mir.

Wenn ich heute in den Nachrichten von Hanau höre, bin ich sofort voll da und angespannt und will auch unbedingt wissen, was da los ist. Auch zu Hause ist das immer noch ein Thema zwischen mir und meinem Mann.

Am 21. Februar, zwei Tage nach dem Anschlag, sind Sie mit Ihrem Mann und Mitgliedern der Initiative Duisburg 1984 zu der Gedenkveranstaltung nach Hanau gefahren und haben auf der Bühne den Hinterbliebenen Ihre Solidarität

ausgesprochen. Jetzt sind weite Fahrten und große Menschenmassen aufgrund Ihrer eigenen Erfahrungen für Sie ja eher abschreckend und mit viel Stress und Bedenken verbunden. Wie kam es dazu, dass Sie diese Bedenken über Bord geworfen haben und trotz eigener Traumafolgen den Weg nach Hanau auf sich genommen haben?

Wie gesagt, ich fühlte so viel Hass und Wut und konnte kaum still sitzen. Wichtig ist aber auch, dass mein Mann mich begleitet hat. Ansonsten hätte ich das niemals geschafft. Zudem waren Ceren und Bengü von der Initiative Duisburg 1984 mit dabei. Von denen wurden wir auch abgeholt und die ganze Zeit begleitet. Es war aber trotzdem die ganze Zeit eine starke Belastung für mich. Aber ich hatte irgendwie das Gefühl, dass ich das machen sollte. Gerade weil ich es so wichtig finde, dass die Menschen, die ihre Familie und Freunde verloren haben, merken, dass sie nicht alleine sind.

Können Sie uns ein wenig Ihre Eindrücke vom 21.02.2020 schildern?

Als wir da ankamen und ich die Menschenmenge gesehen habe, war ich schon sehr eingeschüchtert. Dazu kam dieses seltsame Gefühl, dass genau hier so eine furchtbare Tat passiert ist. Dass hier Menschen getötet wurden, weil sie nicht in das Weltbild des Täters gepasst haben. Hier haben Eltern ihre Kinder verloren. Das war ein sehr komisches Gefühl. Die Hinterbliebenen gehen ja immer noch die Straße entlang und erinnern sich vielleicht, dass sie hier oder dort mit einem jetzt getöteten Menschen Zeit verbracht haben. Der Täter hat nicht nur das Leben der Menschen ausgelöscht, sondern auch das der Angehörigen langfristig geschädigt.

Als wir dann an dem Platz der Veranstaltung ankamen, kam erstmal die Moderatorin der Veranstaltung zu mir und hat mich umarmt und gedrückt. Das war alles sehr emotional für alle. Bevor ich auf die Bühne gegangen bin, hatte ich sehr große Sorgen und Zweifel, ob ich das überhaupt schaffe. Gerade meine Vorrednerin

Candan hat so viel gesagt, auch krasse Sachen. Da war ich mir dann sehr unsicher. Mir wurde dann von ihr selbst und anderen ganz viel Mut zugesprochen. Auf der Bühne dachte ich dann kurz, dass ich umkippen werde. Ich habe dann auch nicht viel sagen können, aber danach haben ganz viele Leute zu mir gesagt, wie toll ich das gemacht habe. Allgemein konnte ich leider nicht all das sagen, was ich sagen wollte.

Sie selbst sind ja auch Betroffene eines mutmaßlich rassistischen Anschlags. Nun haben Sie beschrieben, wie solidarisch die Veranstaltung in Hanau ablief. Haben Sie selber damals 1984 ähnliche Erfahrungen gemacht?

Nein. Leider gar nicht. Ich hätte mir ähnliche Unterstützung gewünscht. Unser Fall wurde ja mehr oder weniger totgeschwiegen. Über Rassismus hat ja eh keiner reden wollen. Ich habe zudem über mehrere Tage im Krankenhaus ja nicht mal erfahren, dass meine Mama und ein Teil meiner Geschwister gestorben sind, weil niemand es mir sagen wollte. Hätten sich zu dem Zeitpunkt und auch danach die Politik oder andere Leute für unser Schicksal interessiert, hätten ich und meine Geschwister vielleicht auch psychische Unterstützung bekommen. So wurden wir 35 Jahre mit dem, was wir erlebt haben, mehr oder weniger alleingelassen. Mit allen Folgen für unsere Gesundheit. Eigentlich hätte – wie in Hanau – ganz Duisburg sofort hören sollen, was passiert ist.

Der rechtsterroristische Anschlag in Hanau steht nun leider nicht allein in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Rassismus ist bei weitem kein Randproblem und tief in der Gesellschaft verankert. Menschen müssen wegen ihrer (vermeintlichen) Herkunft sterben und auch Menschen, die sich gegen Rassismus engagieren, werden immer wieder angegriffen. Wie haben Sie – seitdem Sie mit Ihrer Familie die Türkei verlassen haben – bis heute das Leben in Deutschland wahrgenommen?

Ich bin hier zur Schule gegangen, ich bin hier groß geworden, ich fühle mich hier zu Hause. Doch dieser Rassismus um mich herum ist furchtbar. Auch wenn ich mich hier zu Hause fühle, habe ich Angst. Und das nicht nur ab und zu, sondern ich habe an sich immer Angst, wenn ich auf die Straße gehe. Manchen Menschen auf der Straße sehe ich einfach richtig an, dass sie mich hier nicht wollen. Dass sie mich rassistisch anschauen. Daher bleibe ich auch meistens zu Hause, damit mir nichts passiert. Mein Mann muss mich manchmal richtig überreden, damit ich mit ihm raus gehe. Es ist zwar sehr schade, aber leider ist es so, dass ich mich da, wo ich zu Hause bin, nicht sicher fühle.

Wir danken Frau Satır Akça für das Interview mit dem Beratungsteam der OBR.

Weiterführende Informationen zur *Initiative Duisburg 1984* finden Sie [hier](#).

„Wir wurden allein gelassen“

Dieser Vorwurf musste in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland leider immer wieder ausgesprochen werden. Ausgesprochen von Menschen, die in einem Land ihr Zuhause gefunden haben und dennoch aufgrund ihrer vermeintlichen Herkunft von rassistischer Diskriminierung und Gewalttaten bis hin zu Morden betroffen sind. Nach dem rechtsterroristischen, rassistisch motivierten Anschlag in Hanau am 19. Februar wurde schnell deutlich, wie enorm wichtig das Vorhandensein einer ► **Betroffeneninitiative vor Ort direkt nach einer so grausamen Tat ist. Eine dieser Betroffeneninitiativen ist die Initiative Duisburg 1984. Sie gründete sich 2018 in Folge eines wahrscheinlich rassistischen Brandanschlags im Jahre 1984. Diese zeigte sich auch in Folge des rechtsterroristischen Anschlags in Hanau aktiv solidarisch mit den Betroffenen. Die Vorstellung der Initiative Duisburg 1984 verstehen wir auch als ein Plädoyer für die wichtige Arbeit und die notwendige Unterstützung von Betroffeneninitiativen. Der folgende Text gibt die Sicht der Initiative wieder (kenntlich gemacht durch kursiv gesetzte Zitate).**

► Initiativen, die den Fokus ihrer politischen und öffentlichen Arbeit auf die Perspektiven von Betroffenen ausrichten, nennen wir – in Abgrenzung zu anderen Initiativen – **Betroffeneninitiativen**.

Betroffeneninitiativen, die sich nach traumatisierenden Ereignissen für die Rechte der Betroffenen und/oder Hinterbliebenen einsetzen, sind heutzutage aus der politischen Öffentlichkeit nicht mehr wegzudenken. Sie alle eint, dass sie die Perspektiven von Betroffenen in den gesellschaftlichen und individuellen Aufarbeitungsdiskurs einbringen. Innerhalb der Politik und dem Großteil medialer Berichterstattung wird klassischerweise das Täter*innenumfeld bis ins kleinste Detail beleuchtet und Nachbar*innen, Freund*innen und Familie der Täter*innen können öffentlich ihr Erstaunen darüber ausdrücken, dass diese oder jene Person zu einer solchen Tat fähig war. In Talkshows sitzt dann bei den aufgekommenen Diskussionen über Rassismus die klassische weiße Männerriege, mittendrin ein Abgeordneter der

AfD und kaum ein Mensch, der negativ von Rassismus betroffen ist oder tatsächlich eine Fachexpertise aufweisen kann, kommt zu Wort. Betroffeneninitiativen hingegen verzichten zwar nicht auf die Skandalisierung der Tat als politisches Mittel, jedoch immer unter Einbezug der Stimmen der direkt Betroffenen, der Hinterbliebenen oder zumindest der indirekt Betroffenen.

Die Initiative Duisburg 1984 gründete sich im Jahr 2018, nachdem eher durch Zufall bei einer Recherche zu einer anderen Thematik das Ereignis rund um den Brandanschlag 1984 ins Auge fiel. Die Mitglieder der späteren Initiative hatten trotz ihrer zum Teil Duisburger Vergangenheit keinerlei Kenntnis über den Vorfall. Während intensiver Recherchen wurden immer mehr Widersprüche deutlich, die an der behaupteten Tatmotivation einer unpolitischen Pyromanie zweifeln ließen und auf Rassismus hinweisen. Für alle Beteiligten der Initiative war dabei von vornherein klar, dass eine Aufklärung der Hintergründe des Brandanschlags von 1984 nur zusammen mit den Betroffenen erfolgen konnte.

„Die zivilgesellschaftliche Aufarbeitung, die Anklage gegenüber der Politik, den Sicherheitsbehörden und Medien findet erst heute durch die Arbeit der Initiative und der Betroffenen statt. Erst das Vertrauen, die Solidarität und das Einverständnis der Betroffenen hat unsere Initiative dazu ermächtigt, eine zivilgesellschaftliche Intervention, Aufarbeitung und Erinnerungspolitik zu beginnen, die im Sinne und aus der Perspektive der Betroffenen organisiert wird“. Nicht nur bei der Aufarbeitung und Erinnerung in Folge des Brandanschlags sieht die Initiative große Versäumnisse. *„Gesellschaftspolitische Konsequenzen werden selten gezogen, weil rassistische Gewalttaten als Einzelfälle abgetan oder allgemein entpolitisiert werden. Die Betroffenen wissen oft deutlich besser, mit welcher Form der Gewalt sie konfrontiert werden. Ihnen wird aber weder zugehört, noch wird in ihrem Sinne ermittelt“.* Des Weiteren prangert die Initiative Duisburg 1984 an, dass die Betroffenen auch bei der Last, die sie zu tragen haben, nicht genügend unterstützt werden. Vor allem die hohen Hürden, einen ausreichenden Überblick über ihre Rechte zu erlangen – während der gleichzeitigen Belastung durch die traumatischen Gewalterfahrungen – beurteilt die Initiative als äußerst problematisch. Die Aufgabe die Betroffenen hierbei bestmöglich zu unterstützen, können Betroffeneninitiativen nicht allein bewältigen. Hier ist für die Initiative Duisburg 1984 die Zusammenarbeit mit der Opferberatung Rheinland sehr wichtig, da hierdurch der notwendige Kontakt zu Behörden und ein großer Teil einer psychosozialen Begleitung der Betroffenen professionell abgedeckt ist.

Das zentrale Selbstverständnis der Initiative Duisburg 1984 ist, dass sie stets auf der Seite der Betroffenen steht, ihnen zuhört, Wissen vermittelt und gleichzeitig das Expert*innenwissen der Betroffenen sieht und schätzt. Sie sucht zudem nach Gedenkformen, die denen der Betroffenen entsprechen, und vernetzt die Initiative mit weiteren Menschen, die Gewalterfahrungen durchleben mussten. *„Wenn Betroffene sich untereinander vernetzen, empowern sie sich als Peer-Group in einem geschützten Rahmen, der der beste Heilungs- und Politisierungsort ist. Wenn es möglich ist ohne Hemmungen Fragen zu stellen und zu lernen, dann findet an der Stelle kollektive Selbstermächtigung statt.“*

Auch die Mitglieder der Initiative Duisburg 1984 waren und sind nach dem Anschlag in Hanau schwer erschüttert. Gleichzeitig betonen sie, dass ein solcher Anschlag nicht wirklich unerwartet kam. Dass es in Deutschland ein Rassismus-Problem gibt, wird nicht nur durch Taten eines rechtsextremen Terroristen deutlich, sondern auch in den alltäglichen Äußerungen und Handlungen (bzw. dem Nicht-Handeln) der breiten Mehrheitsgesellschaft. *„Am 19. Februar 2020 schunkelten viele Menschen in Deutschland in den Karneval. Rassismus-betroffene waren hingegen in einem kollektiven Schockzustand. Der Anschlag hat Brüder, Schwestern, Freunde und Kinder getroffen und neun konkrete Leben und Familien zerstört.“* Daher war es für die Initiative recht schnell klar, dass sie am 21.02. zu der ersten großen Gedenkveranstaltung nach Hanau fahren wird. Sie wollten den Betroffenen und Hinterbliebenen vor Ort solidarisch zur Seite stehen. *„Alle vor Ort in Hanau und die, die in ihren Gedanken bei den Betroffenen waren, versuchten an diesem Tag nur eines: Ihre tiefe Angst, Trauer und Wut in ein solidarisches Zusammensein umzuwandeln und sich zu organisieren. Das zeigt nochmal, wie wichtig die Vernetzung und Verbindung antirassistischer Initiativen und migrantischer Kämpfe ist, die sich gemeinsam mit Betroffenen rassistischer Gewalt für Gerechtigkeit, Aufklärung und würdiges Gedenken stark machen.“*

In Hanau konnten die Mitglieder der Initiative selbst erfahren, was Solidarität nach einer Tat ausmachen und Betroffene stärken kann. Insbesondere unter dem Aspekt, dass rassistische Gewalt auch immer ► **Botschaftstaten** sind, ist ein breites solidarisches Bündnis für sie von so enormer Bedeutung. Für ihre eigene Arbeit war Hanau nochmal ein zusätzlicher Antrieb sich in Zukunft weiter zu vernetzen, um dann zu *„versuchen gemeinsam zu verstehen, was die Muster und Strukturen der Tat sind, was möglicherweise Parallelen zum eigenen Fall sind. Während die Behörden weiterhin auf dem rechten Auge blind*

sind und keine ganzheitliche antirassistische Aufklärung leisten, können und müssen Betroffeneninitiativen die ganze Wahrheit kritisch äußern und Rassismus beim Namen nennen.“

► **Botschaftstaten** = Bei rassistischen, antisemitischen und rechtsextremen Gewalttaten handelt es sich um sogenannte Botschaftstaten. Die Taten treffen gleichermaßen die direkt Betroffenen wie auch die Gruppe, für die sie stehen. Die Angegriffenen werden als Repräsentant*innen einer marginalisierten Gruppe wahrgenommen und deshalb angegriffen. Dies führt zu Ohnmachtsgefühlen, Unsicherheit und Angst bei den Betroffenen und Zeug*innen sowie bei der gesamten marginalisierten Gruppe (kollektive Viktimisierung). Somit übermitteln die Taten eine „Botschaft“: Sie sollen bei der marginalisierten Gruppe Angst und Schrecken verbreiten. Daher führen diese Gewalttaten nicht nur zu physischen und psychischen Verletzungen, sondern gelten auch als politische Gewalt im Kampf um Macht und Herrschaft in der Gesellschaft. Ziel ist es, Einzelne und Gruppen aus der Gesellschaft auszuschließen, diese politisch zu bekämpfen und ihnen die Berechtigung zu einem gleichberechtigten Leben abzusprechen. Für viele Betroffene gehört diese psychische und physische Gewalt zum Alltag, während weiße Menschen oft ratlos schweigen, die Taten damit dulden oder auch legitimieren und die Angegriffenen letztendlich allein lassen. (vgl. Belltower.News der Amadeu Antonio Stiftung: Rechte Gewalt/Botschaftstaten)

Neben der Initiative Duisburg 1984 nahmen noch viele weitere Initiativen an der Gedenkveranstaltung am 21.02. in Hanau teil und viele sind weiterhin unterstützend vor Ort aktiv. Auch wenn es den Hinterbliebenen des Brandanschlags von 1984 verwehrt blieb, in Hanau konnten die Betroffenen zumindest partiell die Solidarität einiger Menschen erleben.

Letztendlich bleiben es jedoch zu wenig. Daher wird der Kampf der Betroffeneninitiativen weitergehen müssen. Die Initiative Duisburg 1984 hat dies kurz nach dem Anschlag in Hanau auch auf ihrer Facebook-Seite deutlich gemacht. *„Die Jugendlichen in Hanau wohnen in denselben Hochhäusern, in denen auch wir in Duisburg wohnen. Die Geschichte der Migration und des Rassismus verbindet uns als Menschen, die vom Täter gemeint waren. Deshalb halten wir migrantifaschistisch zusammen. Das ist das politische Ziel!“*

Vielen Dank an die Initiative Duisburg 1984 für den anregenden Austausch mit dem Beratungsteam der OBR und die bereichernde Perspektive auf ihre Arbeit als Betroffeneninitiative.

Nicht länger ohne uns, sondern mit uns! Keupstraße ist überall!

Am 9. Juni 2004 explodierte eine Nagelbombe auf der Keupstraße in Köln-Mülheim, einer überregional bekannten Geschäftsstraße, die mehrheitlich von Migrant*innen bewohnt wird. Über 25 Menschen wurden verletzt, unzählige weitere schwer traumatisiert. Es war Zufall, dass bei dem Anschlag niemand ums Leben kam. Anstatt in alle Richtungen umfangreich zu ermitteln, schloss der damalige Bundesinnenminister Otto Schily nur einen Tag nach der Tat einen politisch motivierten Anschlag aus (vgl. ARD-Tagesschau 2004). Die betroffenen Menschen wurden nicht als Opfer eines versuchten Mordes wahrgenommen, sondern es wurde ihnen von Beginn an unterstellt, selbst Drahtzieher*innen des Bombenanschlags zu sein. Es war die Rede von organisierter Kriminalität, Schutzgelderpressung und anderem. Die Überlebenden des Anschlages wurden über Jahre bespitzelt, immer wieder zu Verhören geladen, beschuldigt, von staatlichen Behörden unter Druck gesetzt, nach rassistischen Stereotypen stigmatisiert und sich selbst

überlassen. Keine offiziellen Vertreter*innen aus der Politik oder den Ermittlungsbehörden, kein sozialer Dienst kam, um sich nach ihnen zu erkundigen oder Hilfe anzubieten. Ein Betroffener beschreibt die Folgen so: *„Dieser psychische Druck ruinierte mein Leben. Mein Sohn war damals drei Jahre alt, ich konnte mich nicht mehr um ihn kümmern. Ich konnte nicht mehr mit meiner Frau sprechen.“* (vgl. S. 2018)

Dieser „Anschlag nach dem Anschlag“, wie er von den Betroffenen selbst genannt wird, endete erst am 04.11.2011, als die wahren Täter*innen, Mitglieder eines Neonazinetzwerks mit dem Namen „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU), enttarnt wurden. Das war der Moment, in dem sich endlich überall Menschen mit den Überlebenden der Bombenanschläge und den Angehörigen der Mordopfer solidarisierten, Aufklärung und Konsequenzen forderten. Die erste Soli-Demonstration in nächster Nähe zur Keupstraße fand allerdings noch ohne

die Einbeziehung der Betroffenen statt. Aus ersten direkten Begegnungen auf der Demo entwickelten sich Gespräche und persönliche Kontakte. Aus der Forderung der Betroffenen „Nicht länger ohne uns, sondern mit uns!“ entstand die Gruppe „Dostluk Sinemasi“. Nach gemeinsam organisierten Vortragsreihen und Diskussionsrunden gründete sich im November 2013 die Initiative „Keupstraße ist überall“. Betroffene und solidarische Menschen machten es sich zum Ziel, die betroffenen Nebenkläger*innen der Bombenanschläge aus der Keupstraße und der ▶ **Probsteigasse (2001)** im NSU-Verfahren vor dem Oberlandesgericht München zu unterstützen und zu begleiten. Das geschah in enger Anbindung an die Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt im Rheinland (OBR), die sich um die psychosoziale Betreuung und Begleitung der Betroffenen während ihrer Zeugenauftritte und auch in anderen belastenden Momenten kümmerte. Bislang lag der Fokus der Öffentlichkeit und der Medien vor allem auf den Täter*innen. Um auch das zu ändern, rief die Initiative Keupstraße den „TagX“ aus und begann bundesweit zu mobilisieren.

▶ **Probsteigasse (2001)** = Am 19. Januar 2001 explodierte in dem Lebensmittelgeschäft einer deutsch-iranischen Familie in der Kölner Probsteigasse eine Christstollendose, die einen Sprengsatz enthielt. Die Dose mit dem Sprengsatz wurde zuvor von einem als Kunde auftretenden Täter in dem Laden zurückgelassen. Der Sprengsatz detonierte als die damals 19-jährige Tochter des Ladenbesitzers die Dose öffnete. Sie erlitt schwerste Verbrennungen am Oberkörper und im Gesicht.

Ein rassistisches Tatmotiv und ein rechtsextremer Hintergrund der Tat wurden von der Kölner Polizei schnell ausgeschlossen. Die Ermittlungen zu der Tat konzentrierten sich vor allem auf das Umfeld der Familie. Die Verbindungen zum Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen sind bis heute ungeklärt. In einem Video hat sich der NSU später zu der Tat bekannt.

Der Anschlag in der Probsteigasse reiht sich ein in eine Reihe von Morden und Bombenanschlägen des rechtsterroristischen Netzwerks „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU). In Köln wurden insgesamt zwei Bombenanschläge (Probsteigasse 2001, Keupstraße 2004) verübt. Die Mittäterschaft von Kölner Neonazis ist bis heute ungeklärt. (vgl. Probsteigasse.noblogs.org: [Hintergründe](#))

Betroffenen-Initiativen in ganz Deutschland vernetzten sich zu dem bundesweiten Bündnis „NSU-Komplex auflösen“. Am 29.01.2015 fand der Aktionstag in München vor dem Oberlandesgericht statt und erstmals richtete sich der Blick der Öffentlichkeit auf das Leid der

Opfer. Die Familien der NSU-Mordopfer und die Betroffenen aus der Keupstraße gingen gestärkt aus ihrem Auftritt als Zeug*innen im Verfahren heraus, auch wenn ihnen klar war, dass keine ihrer drängenden Fragen beantwortet werden würde. Das Gericht konzentrierte sich nämlich ausschließlich auf die bekannte Trio-These von nur drei Mitglieder des NSU und darauf, der einen Täterin die Mittäterinnenschaft nachzuweisen. Richter und Generalbundesanwaltschaft weigerten sich systematisch, berechtigten Fragen der Nebenklage-Anwält*innen nachzugehen, welche Rolle der Staat und seine Ermittlungsorgane bei dem Aufbau des Neonazinetzwerkes spielten, wie viel struktureller Rassismus im Handeln der Behörden lag und liegt und mit welcher Systematik Taten vertuschten und Akten geschreddert wurden und in welchem Ausmaß der Staat bei der Aufklärung versagt hat. Auch die fünf Angeklagten im NSU-Prozess verweigerten den Betroffenen jeglichen Hinweis darauf, warum gerade die Keupstraße und die Probsteigasse als Anschlagziel ausgewählt wurden, warum das Terrornetzwerk ausgerechnet ihren Vater, Mann, Sohn oder Bruder ermordete. Dennoch hofften alle NSU-Betroffenen darauf, dass das Gericht und die Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse die Aufklärung vorantreiben würden.

Als im Juli 2018 das Urteil verkündet und unter dem Beifall von anwesenden Neonazis zwei der Angeklagten aus der Untersuchungshaft in die Freiheit entlassen wurden, starb auch diese letzte Hoffnung. Was aber gewachsen ist, ist ihr Selbstbewusstsein und das Wissen darum, dass sie nicht mehr alleine sind. Immer mehr Bewegungen von Opfern rassistischer und rechter Gewalt kämpfen selbst für ihre Rechte, denn das Menetekel der NSU-Betroffenen *„Solange die wahren Täter nicht gefasst und der Justiz übergeben worden sind, werden meine Ängste weiterbestehen. Solange der Staat ihnen Toleranz entgegenbringt, werden sie ungestört tun und lassen, was sie wollen“* (vgl. Behrens 2018), dass Neonazis weiter morden werden, wenn der NSU-Komplex juristisch und institutionell folgenlos bleibt, hat sich leider bewahrheitet. Schon bevor diese Worte gesprochen waren, hatten sich zig Neonazis positiv auf den NSU bezogen. In der ARD-Ausgabe der „Die Story: V-Mann Land“ vom 23. April 2015 sagte ein ehemaliger V-Mann: *„Wir haben die Nazi-Szene aufgebaut.“* Wir wissen heute, dass diese mit Netzwerken bei der Bundeswehr vernetzt ist, deren Mitglieder geheime Waffen- und Munitionslager in ganz Deutschland aufbauen. Wir wissen, dass in einer Frankfurter Polizeistation der sogenannte „NSU 2.0“ aktiv geworden ist und dass der Politiker Walter Lübcke von Neonazis ermordet wurde, die zum NSU-Komplex gehören.

Wir trauern um unsere toten Geschwister, Eltern und Kinder, die in Halle und Hanau kaltblütig von Neonazis ermordet wurden, und um Menschen, die, wie George Floyd, durch rassistische Polizeigewalt ums Leben kamen. Wir vergessen auch nicht Walter Lübcke. Ebenso wenig wie Oury Yalloh, dessen Familie eine Wiederaufnahme des Verfahrens gegen seine Mörder verweigert wird. Und auch nicht den jungen Syrer Amed Ahmad, der widerrechtlich inhaftiert wurde und am 29.09.2018 nach einem Brand in seiner Zelle verstarb. Sein Vater sagte in einer Rede, frei übersetzt: *„Ihr seid alle die Väter von Amed. Er ist euer aller Kind. Wir alle sind seine Geschwister.“* Vor 2011 hatte nur eine Handvoll Menschen den Betroffenen geglaubt, dass es Rassismus war, der ihre Liebsten tötete. *„Wenn man noch nicht einmal in der Lage ist, das Leid, welches uns zugefügt wurde, als ein geteiltes und gemeinsames Leid zu betrachten und dies in die gesamte Gesellschaft zu tragen, wie sollen wir dann überhaupt dieses Leid überwinden?“* (vgl. Bozay 2016).

Um die rassistischen Strukturen aufzubrechen, die so viel Schmerzen verursacht haben und noch verursachen, müssen wir aus dem gemeinsam erworbenen Wissen über Rassismus Perspektiven schaffen, die uns zeigen, wie er überwunden werden kann. Unentbehrlich für das Gelingen ruft eine Erkenntnis uns schon lange zu: unite!

Eine Möglichkeit wäre, endlich das NSU-Mahnmal in Köln zu realisieren, für das schon seit mehreren Jahren migrantische Organisationen, antifaschistische Gruppen, Stadtteilinitiativen und engagierte Einzelpersonen kämpfen. Es braucht Erinnerungsorte wie diesen, die sich an den Wünschen der Betroffenen orientieren. Die Bedeutung eines

Mahnmals darf nicht länger ignoriert werden. Dieses wäre ein wichtiges öffentliches Zeichen gegen nazistischen Tendenzen und würde gleichsam zu einer Aufarbeitung rassistischer Gewalt beitragen. Aktuell hat die Stadt die Möglichkeit, das Gelände zu kaufen und könnte endlich den Stimmen der Betroffenen der Keupstraße und der Probsteigasse ihren Platz in der Stadt geben. Lebendiges Erinnern braucht Orte, um eine Möglichkeit der Heilung zu entfalten.

„Rassismus stellt eine Krankheit dar. [...] Ich glaube, die Ärzte dieser Krankheit sind wir hier. Diese Ärzte müssen diese Krankheit behandeln, damit sie sich nicht weiter ausbreitet.“
(vgl. Muhammet 2018)

Her yer Keupcaddesi! Halle und Hanau sind überall!

Weitere Informationen zur Initiative *Keupstraße ist überall* finden Sie [hier](#).

Quellen:

ARD-Tagesschau (10.06.2004): „Die Erkenntnisse, die unsere Sicherheitsbehörden bisher gewonnen haben, deuten nicht auf einen terroristischen Hintergrund, sondern auf ein kriminelles Milieu, aber die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen, so dass ich eine abschließende Beurteilung dieser Ereignisse jetzt nicht vornehmen kann.“

S., Arif (2018): Solange die wahren Täter nicht gefasst worden sind, werden meine Ängste weiterbestehen. Plädoyer vom 28. November 2017, S. 161ff. In: Behrens, Antonia von der (2018): Kein Schlusswort: Nazi-Terror, Sicherheitsbehörden, Unterstützernetzwerk. Plädoyers im NSU-Prozess. Hamburg: VSA Verlag.
Bozay, Kemal/Aslan, Bahar/Mangitay, Orhan/Özfiat, Funda (Hg.) (2016): Die haben gedacht, wir waren das. MigrantInnen über rechten Terror und Rassismus. PapyRossa Verlag: Köln.

Ayazgün, Muhammet (2017): Abschreckend wirkt nicht nur die Strafverfolgung, sondern auch die Aufklärung. Plädoyer vom 28. November 2017, S. 181ff. In: Behrens, Antonia von der (2018): Kein Schlusswort: Nazi-Terror, Sicherheitsbehörden, Unterstützernetzwerk. Plädoyers im NSU-Prozess. Hamburg: VSA Verlag.



Rassistische Gewalt im Wohnumfeld nimmt erschreckende Ausmaße an

Rassistisch motivierte Gewalt im Wohnumfeld hat sich inzwischen zu einem Schwerpunkt unserer Beratungsarbeit bei der OBR entwickelt: Fast zwei Drittel aller Betroffenen, die sich 2019 an uns mit der Bitte um Unterstützung wandten, berichteten von zumeist lange andauernden Anfeindungen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft, die schließlich in massiven Bedrohungen und versuchten oder vollendeten körperlichen Angriffen eskalierten. Dass als Migrant*innen oder ► **BIPoC** gelesene Menschen in ihrem Wohnumfeld rassistischen Beleidigungen, Bedrohungen und gewaltsamer Angriffen ausgesetzt sind, ist aus unserer Sicht eine erschreckende Realität, die fast zur „Normalität“ geworden ist.

► **PoC** = Der Begriff „People of Colour“ (PoC) ist eine übergreifende Selbstbezeichnung von Menschen mit Rassismuserfahrungen, die nicht als *weiß* gelesen werden oder sich als *weiß* positionieren. (vgl. NdM, Glossar: People of Color (PoC))

► **BIPoC** = Die Abkürzung BIPoC steht für Black (Schwarze), Indigenous (Indigene) und People of Colour und ist somit eine Sammelbezeichnung. (vgl. NdM, Glossar: People of Color (PoC))

► **Schwarz** = Der Begriff Schwarz ist eine Selbstbezeichnung von Menschen mit Rassismuserfahrungen. Dabei handelt es sich nicht um die Beschreibung einer Hautfarbe, sondern um die politische Selbstbezeichnung, die die gesellschaftliche Zugehörigkeit beschreibt. Um dies zu verdeutlichen wird Schwarz groß geschrieben. (vgl. NdM, Glossar: Schwarze Deutsche)

► **weiß** = Der Begriff *weiß* bezeichnet eine gesellschaftliche Norm und Machtposition und beschreibt somit die gesellschaftliche Zugehörigkeit und Privilegien einer Person. Der Begriff wird als Gegensatz zu den Begriffen Person of Color (PoC), Black Indigenous Person of Color (BIPoC) oder Schwarz verwendet. Da es hier ebenfalls nicht um die Hautfarbe einer Person geht, wird der Begriff klein und kursiv geschrieben. (vgl. NdM, Glossar: weiße Deutsche)

Obwohl diese Vorfälle tagtäglich passieren, erfahren die Betroffenen leider nur selten die notwendige solidarische Unterstützung durch Wohnungsgesellschaften, Vermieter*innen oder andere Mieter*innen. Viele schauen weg und wollen sich nicht positionieren – deshalb sehen die Betroffenen oft nur in einem Wegzug und Wohnungswechsel eine für sie mögliche Lösung. Mit anderen Worten: Sie werden vertrieben und die Täter*innen erreichen das, was sie wollten!

Wenn die massiven, rassistisch motivierten Anfeindungen und gewaltsamen Angriffe bei der Polizei zur Anzeige gebracht werden, dann werden sie zumeist als „unpolitische Nachbarschaftskonflikte“ gewertet und finden keinen Eingang in die offizielle Statistik der politisch motivierten Gewalt. Zudem werden Betroffene oft an Schlichtungsstellen verwiesen, in denen die Betroffenen und die Täter*innen als gleichwertige Verhandlungspartner*innen gesehen werden. Die Betroffenen sollen dort mit Menschen in Verhandlung treten, die sie rassistisch beleidigt und ihnen Gewalt angedroht oder angetan haben. Solch ein Setting ist für die Betroffenen unzumutbar. Hierbei ist besonders kritisch zu betrachten, dass oftmals eine sogenannte ► **„Opfer-Täter-Umkehr“** stattfindet.

► **Opfer-Täter-Umkehr** oder Opferbeschuldigung (engl. **victim blaming** oder **blaming the victim**) bezeichnet die Schuldzuweisung für einen Angriff auf Betroffene (sog. Opfer) selbst. Häufig inszenieren sich die Täter*innen selbst als vermeintliche Opfer. Dies führt dazu, dass Betroffene eine (Teil-)Schuld an dem Übergriff durch ihr eigenes Verhalten oder unterlassenes Handeln zugeschrieben wird. Auf diese Weise werden Betroffene selbst für den Angriff und dessen Folgen verantwortlich gemacht. In Folge der Schuldzuweisung fühlen sich die betroffenen Personen häufig mit der Verletzung, ihrem Gefühl von Ohnmacht und Wut und den Beschuldigungen allein gelassen. Dies kann zu einer verstärkten psychischen Belastung, einer Intensivierung des direkten Opferwerdens sowie Traumafolgestörungen führen.

Diese erfolgt dadurch, dass die Täter*innen sich bei der Hausverwaltung bzw. beim Vermieter beschwerten oder Anzeigen gegen die Betroffenen stellen. In einigen Fällen wird der Sozialpsychiatrische Dienst oder das Jugendamt eingeschaltet, um die Betroffenen bewusst zu diskreditieren und als unglaubwürdig darzustellen. Die Liste der Einfälle ist sehr lang und die Täter*innen sind in der Regel sehr einfallsreich, wenn es darum geht, sich als unschuldige und besorgte Bürger*innen zu inszenieren. Oft heißt es in diesem Zusammenhang, die Betroffenen seien zu laut, würden die deutsche Sprache nicht gut genug beherrschen oder hätten etwas falsch verstanden. Manchmal wird behauptet, sie hätten die Hausregeln missachtet, seien aggressiv, psychisch krank oder ihre Kinder seien schlecht erzogen und dass man ihnen „deutsche“ Werte und Erziehung beibringen müsse. Das Ziel der Täter*innen ist hauptsächlich, die von Diskriminierung und Gewalt betroffenen Personen einzuschüchtern, sie zu bedrohen und gewaltsam anzugreifen, um sie so schlussendlich aus dem Wohnumfeld zu verdrängen.

Die Folgen dieser Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffe sowie dieser Opfer-Täter-Umkehr nehmen wir zunehmend in unserer Beratungsarbeit wahr. Die Betroffenen berichten über Ängste, Sorgen, Unsicherheit, Wut, Trauer, Hilflosigkeit und über das Gefühl, allein gelassen zu werden: sowohl von der Polizei als auch von den Vermieter*innen. Die Betroffenen haben Angst, ihre Wohnung zu verlassen, leiden unter Schlafstörungen, fühlen sich in Ihren eigenen vier Wänden nicht mehr sicher. Des Weiteren besteht häufig auch die Angst der Wohnungslosigkeit. Diese Angst ist offenbar berechtigt, da die Täter*innen oft mit ihrer perfiden Vorgehensweise Erfolg haben.

Die Erfahrungen, die die Betroffenen in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld machen müssen, reichen von Beleidigungen im Hausflur über zerstörte Gegenstände, Müll vor der Tür, Bewerfen mit Steinen und anderen Gegenständen, Angriffen mit Pfefferspray, Sturmklingeln in der Nacht bis hin zu massiven physischen Angriffen. Die Täter*innen haben oft keine Hemmungen, auch Kindern gegenüber beleidigend und gewalttätig zu werden. Die Zahl der rassistischen Gewalttaten auf Kinder ist in den letzten Jahren angestiegen (siehe Rubrik „Rechte Gewalt“). Es ist deutlich zu erkennen, dass die Täter*innen im Laufe der Zeit ihre Hemmungen immer mehr verlieren und aggressiver werden, sodass rassistisch motivierte, gewaltsame Angriffe stark zunehmen. Daher ist es für die Betroffenen wichtig, direkt aktiv zu werden.

Unsere Empfehlung für die Betroffenen:

- Stellen Sie sich und Ihr Verhalten nicht in Frage. Sie sind nicht schuld, sondern die Angreifer*innen. Rassistische Diskriminierung sowie rassistisch motivierte Bedrohungen und Angriffe sind keine unpolitischen Nachbarschaftskonflikte, sondern Menschenrechts-, Persönlichkeitsrechts- bzw. Würdeverletzungen und Gewalttaten, die eine Person einem anderen Menschen antut.
- Achten Sie darauf, was Sie möchten und brauchen. Treffen Sie eine bewusste Entscheidung, die für Sie und zu Ihrer Lebenssituation passt. Wenn Sie Ihr Recht aktiv einfordern wollen, gibt es einige Handlungs- und Unterstützungsmöglichkeiten.
- Suchen Sie sich Unterstützung:
 - Im Falle rassistischer Beleidigung bzw. Diskriminierung bei einem Antidiskriminierungsbüro in NRW
 - Im Falle rechter, rassistischer, antisemitischer Gewalt bei einer der beiden Opferberatungsstellen in NRW: Opferberatung Rheinland (OBR) für die Regierungsbezirke Düsseldorf und Köln oder BackUp für die Regierungsbezirke Arnsberg, Detmold und Münster
- Erstellen Sie Anzeige bei der Polizei und lassen Sie sich anwaltlich beraten, ggf. mit Unterstützung einer der o.g. Beratungsstellen.
- Fertigen Sie ein Gedächtnisprotokoll an und benennen Sie möglichst auch Zeug*innen. Auch wenn Sie noch nicht sicher sind, ob Sie gegen die rassistische Diskriminierung vorgehen möchten, ist es trotzdem hilfreich, so schnell wie möglich Notizen anzufertigen, aus denen folgende Fragen hervorgehen: Was ist genau geschehen? Wann? Wer war beteiligt? Wer hat was gesagt? Welche Hinweise gibt es auf Diskriminierung oder Gewalttaten? Gibt es Zeug*innen? Dokumentieren Sie ggf. alle Vorfälle mit Datum, Uhrzeit und Zeug*in sowie körperlichen Verletzungen (durch Fotos und ärztliche Befunde).
- Bei fortwährender Belästigung, Beleidigung im Wohnumfeld protokollieren Sie alle Ereignisse.
- Sprechen Sie mit Ihrer Familie bzw. im Bekanntenkreis über Ihre Erlebnisse und Eindrücke. Diese Gespräche können Sie emotional entlasten.

- Wenn Sie Angst vor erneuten Angriffen haben, gehen Sie möglichst in Begleitung nach draußen und bleiben Sie wachsam. Nehmen Sie z. B. eine „Panikpfeife“ mit und nutzen Sie diese, um in einer bedrohlichen Situation für sich Aufmerksamkeit zu schaffen.
- Versuchen Sie ein Näherungsverbot bzw. eine Unterlassungsklage durch das zuständige Gericht zu erwirken. Auch hier können Sie die Unterstützung einer Beratungsstelle in Anspruch nehmen.
- Melden Sie den Vorfall an Antidiskriminierungsstellen oder Opferberatungsstellen (siehe oben) – ggf. auch anonym. So machen Sie Ihren Fall sichtbar. Er wird dokumentiert und somit zu einer wichtigen Grundlage für die inhaltliche und politische Arbeit gegen Diskriminierung, Gewalt und Rassismus.
- Greifen Sie auf Ressourcen und Bewältigungsstrategien zurück, die Sie auch in anderen Ausnahmesituationen nutzen (z. B.: Ruhe, Sport, Kontakt zu vertrauten Freund*innen, zur Familie u.a.).

Ausführliche, teils mehrsprachliche Informationen und Empfehlungen zu Handlungsmöglichkeiten nach einem rechten, rassistischen, antisemitischen Angriff oder Diskriminierungen im Wohnumfeld für negativ Betroffene, Angehörige und Zeug*innen finden sie in folgenden Publikationen:

- OBR (Hg.): Was tun nach einem rechten oder rassistischen Angriff? Handlungsmöglichkeiten und Hilfe für Betroffene, Angehörige und Zeug*innen, Düsseldorf 2020
- K. El-Qasem (Hg.): Was tun nach einem rassistischen Angriff? Empfehlungen für Betroffene, hrsg. von der OBR, Düsseldorf 2018
- Verschiedene Publikationen des Dachverbandes der Beratungsstellen für rechte, rassistische und antisemitische Gewalt
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes: Leitfaden für Mieterinnen und Mieter und Beratungsstellen

Das Beratungsteam der OBR

Corona – die Folgen für Betroffene und die Beratungsarbeit nach rechter, rassistischer, antisemitischer Gewalt

Die Corona-Pandemie hat das soziale Leben in Deutschland stark verändert. Dies spüren auch unsere Beratungsnehmer*innen tagtäglich. Die soziale Isolation, das sogenannte social distancing, führte zu Abstandsregeln und Kontaktverboten, die gerade für psychisch belastete und teilweise bereits vor der Pandemie von sozialer Isolation betroffene Personen eine zusätzliche Herausforderung darstellen. Mit der zunehmenden Ausbreitung der Corona-Pandemie seit März dieses Jahres mussten auch wir unsere Beratungsarbeit stark einschränken.

Als Beratungsstelle arbeiten wir im engen Kontakt mit unseren Beratungsnehmer*innen. Regelmäßige persönliche Treffen gehören daher zu unserem Beratungsalltag und sind für eine stabile, vertrauensvolle Beziehung mit den teils psychisch stark belasteten und traumatisierten Betroffenen nach Gewalttaten grundlegend wichtig. Wie viele andere Beratungsstellen wurden auch wir in unserer Arbeit durch Distanz-Vorgaben vor besondere Herausforderungen gestellt. Mit den Kontaktbeschränkungen im März war es nicht mehr möglich, unseren Beratungsnehmer*innen als wichtige und konstante Bezugspersonen in der profes-

sionellen Intensität zur Seite zu stehen. Unsere Besuche und die Begleitung zu notwendigen Terminen wie bei Ärzt*innen, Therapeut*innen und Anwalt*innen mussten wir zeitweise einstellen. Zwar versuchten wir die Beratung und Unterstützung durch regelmäßige Telefonate und Videoanrufe aufrechtzuerhalten, doch stellten wir schnell fest, dass diese die aufsuchende Präsenzberatung nicht ausgleichen konnte.

Die Corona-Pandemie wirkt sich auf die psychische Gesundheit vieler Menschen in unserer Gesellschaft aus. Wie viele Menschen bangen auch unsere Beratungsnehmer*innen um ihre Arbeitsstellen, sind seit Monaten in Kurzarbeit und stehen vor finanziellen Problemen und Unsicherheiten. Existenzängste und finanzielle Sorgen verstärken sich so beispielsweise, wenn Beratungsnehmer*innen nicht wissen, wie sie ihre Anwalt*innen, die sie juristisch vertreten, bezahlen sollen. Zudem mussten zu Beginn der Ausbreitung der Pandemie in Deutschland die regelmäßigen traumatherapeutischen und ärztlichen Behandlungen teilweise eingestellt, auf Videokonferenzen verlagert oder stark reduziert werden. Der Wegfall der elementar wichtigen Behandlungen und wichtiger Unter-

stützungsmaßnahmen im Alltag führte teils zu gravierenden Rückfällen im Heilungs- und Verarbeitungsprozess und zur psychischen Destabilisierung der Betroffenen. Nicht zuletzt, da soziale Ressourcen durch den Freundes- und Bekanntenkreis und das restliche Helfer*innen-system zentraler Bestandteil einer psychischen Genesung sind. Die Folgen des social distancing können daher gerade für Betroffene von Gewalterfahrungen die bestehenden psychischen Belastungen und Traumatisierungen sowie Krankheiten weiter verstärken. Des Weiteren berichteten uns Beratungsnehmer*innen, dass sie aus Angst, an Corona zu erkranken, auf notwendige Unterstützungen verzichteten. Die Angst, Unsicherheit und Zurückhaltung beispielsweise öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen, um zu einem Termin zu fahren, oder für eine Untersuchung in ein Krankenhaus oder eine Praxis zu gehen, ist auch bei unseren Beratungsnehmer*innen sehr hoch. Hinzu kommt, dass mit dem Lockdown ebenfalls die juristische Aufarbeitung einiger Gewalttaten ins Stocken geraten ist. Gerichtsverfahren, auf die die Betroffenen auch unabhängig von den Kontaktbeschränkungen teilweise ein bis zwei Jahre warten müssen, wurden teils um mehrere Monate verschoben, wodurch Betroffene länger in Ungewissheit bleiben, wann und wie die Verfahren und Urteilsfindungen zu den erlebten Angriffen weitergehen. Die Gerichtsverfahren stellen für viele Betroffene eine starke psychische Belastung dar. Gleichzeitig sind sie oft ein notwendiger Schritt in der Verarbeitung, der gesellschaftlichen Anerkennung des Unrechts und dem Wunsch nach Gerechtigkeit. In der Beratungspraxis merken wir, dass die Betroffenen durch eine Verzögerung der Verfahren nicht zur Ruhe kommen und mit den erlebten Taten nicht abschließen können. Auch verzögern sich auf diese Weise die oft erst nach Gerichtsurteilen bewilligten Entschädigungsansprüche für Betroffene, sodass damit verbundene relevante gesundheitliche und monetäre Unterstützungen erst später beginnen können. Insofern bestehen für unsere Beratungsnehmer*innen zahlreiche und gravierende Folgen durch die Corona-bedingten Einschränkungen. Viele unserer Beratungsnehmer*innen nehmen die aktuelle Corona-Pandemie als zusätzlich stark beängstigende gesamtgesellschaftliche Bedrohungslage wahr. Mit den einschränkenden Folgen fühlen sie sich häufig überfordert. Die im Alltag wichtigen Begegnungen mit Freund*innen, Bekannten und selbststärkenden Gruppen sowie auch sportliche oder kreative Aktivitäten, die sowohl den Alltag strukturieren als auch die psychische und physische Gesundheit fördern, fallen für viele Beratungsnehmer*innen seit Monaten weg. Aufkommen oder Verstärkung depressiver Episoden und Vereinsamung infolge des infolge der Kontaktbeschränkungen und Ängste vor wirtschaftlicher Not sind Folgen der Corona-

Pandemie, die für unsere psychisch belasteten und auf eine regelmäßige medizinische Versorgung angewiesenen Beratungsnehmer*innen schwerwiegende Auswirkungen haben.

So problematisch, wie sich die Auswirkungen von Corona bei bereits bestehenden Beratungsverhältnissen zeigten, so problematisch waren sie hinsichtlich neuer Beratungsfälle. In diesem Sinne waren die klassischerweise Face-to-Face-Erstberatungen für einige Zeit auf einen telefonischen Austausch beschränkt, was sich letztlich negativ auf das Zustandekommen einer Vertrauensbasis und auf die Herstellung einer professionellen Nähe auswirkte. Mit der Lockerung der Distanzregeln haben wir seit Ende Juni auch wieder damit begonnen, persönliche Beratungsgespräche unter den Voraussetzungen der einzuhaltenden Abstands- und Hygieneregeln wahrzunehmen. Dennoch müssen wir feststellen, dass durch die Abstandsregelungen und Kontakteinschränkungen unsere Beratungsarbeit sehr erschwert ist. Eine enge Beziehungsarbeit, wie sie beispielsweise zu den Qualitätsstandards einer professionellen Beratungsarbeit gehört, kann so derzeit nicht in zufriedenstellendem Maße realisiert werden. Als ein weiterer problematischer Aspekt kommt hinzu, dass der Beratungsbedarf während der Corona-Pandemie unverändert hoch blieb und einige Beratungsnehmenden zudem zusätzliche Unterstützung benötigten und noch immer benötigen, da es oftmals zu einer Addition von nicht bearbeiteten (emotionalen und psychischen) Herausforderungen kommt. Hierdurch sind die zeitlichen Ressourcen der jeweiligen Berater*innen erheblich (über)strapaziert.

Letztlich bleibt festzustellen, dass Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt neben weiteren gesellschaftlichen Gruppen in schwerwiegender Hinsicht von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen waren und sind. Des Weiteren ist nicht abzusehen, welche langfristigen Auswirkungen die Zeit der Kontaktbeschränkungen sowie die aktuelle Situation einer schrittweisen Öffnung auf bereits bestehende und zukünftige Beratungsnehmende haben werden. Eine professionelle Beratungslandschaft muss auf solche gesellschaftlichen Herausforderungen angemessen reagieren können und zukünftig vorbereitet sein. Dies beinhaltet vor allem auch die Etablierung von Rahmenbedingungen, welche nicht lediglich eine Arbeit an der Belastungsgrenze ermöglichen, sondern langfristig darauf ausgerichtet sind, die professionelle Unterstützung von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt auch vor dem Hintergrund von unvorhersehbaren gesellschaftlichen Herausforderungen kontinuierlich sicherzustellen.

Das Beratungsteam der OBR



Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt in NRW

Seit 2015 beteiligt sich die OBR an einem bundesweiten unabhängigen Monitoring des Verbandes der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG), das – nach einheitlichen Kriterien – eine quantitative Auswertung von Gewalttaten für das Land NRW unter Berücksichtigung der Perspektiven von Betroffenen ermöglicht. Die Bedeutung eines bundesweiten unabhängigen Monitorings rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalttaten hatte am 22.08.2013 der NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages in seinen gemeinsamen Bewertungen betont. Bekräftigt wurde dies in den interfraktionellen Empfehlungen der Bundestagsparteien am 18.02.2014 und in der Grundsatzzerklärung des „Forums gegen Rassismus“ vom 27.11.2015.

Ziel des Monitorings ist es grundsätzlich, das Ausmaß der Gewalt sichtbar zu machen, die Perspektiven der betroffenen Gruppen in die gesellschaftliche Diskussion einzubringen und eine Solidarisierung in Politik und Gesellschaft zu befördern. Für die OBR war es zudem wichtig, zu verdeutlichen, dass rechte, rassistische und antisemitische Gewalt (kurz: rechte Gewalt) nicht vorrangig ein Problem in Ostdeutschland ist. Die Tatsache, dass NRW seit Jahren in absoluten Zahlen an der Spitze der offiziellen Statistik politisch rechts motivierter Gewalt steht, wurde aus Sicht der OBR zu wenig wahrgenommen und problematisiert. Das unabhängige Monitoring in NRW findet seit 2017 in Kooperation mit BackUp, der für Westfalen-Lippe zuständigen Opferberatungsstelle, statt.

Fünf-Jahres-Rückblick

Die Entwicklung rechter Gewalt seit 2015 zeigt keinen kontinuierlichen Auf- oder Abwärtstrend: Die Jahre 2015 und 2016 waren – wie in anderen Bundesländern auch – von einem massiven Anstieg rechter Gewalt geprägt. Ab 2015 nahmen vor allem physische Angriffe auf (vermeintliche) Geflüchtete und Brandanschläge auf geplante und bewohnte Unterkünfte für geflüchtete Menschen erheblich zu. Zu Beginn des Jahres 2016 führte insbesondere die Instrumentalisierung der sexualisierten Übergriffe in

der Kölner Silvesternacht für rassistische Diskurse zu einem erheblichen Anstieg der Angriffe. Hinzu kamen zahlreichen Angriffe bei und im Umfeld rechter Aufmärsche und gezielte Gewalt gegen Menschen, die sich gegen Rechts und Rassismus und für Demokratie und Geflüchtete engagieren.

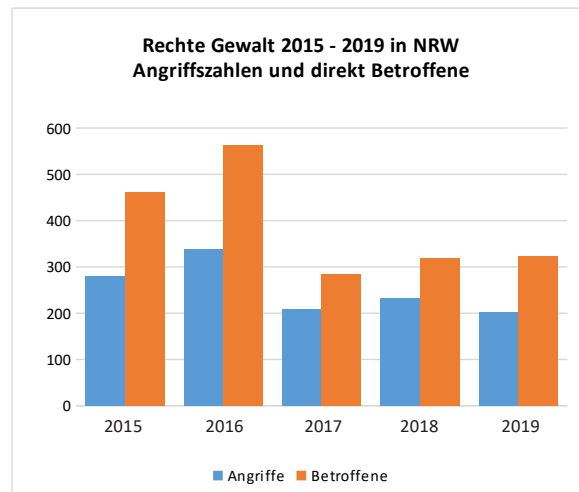


Abb. 1: Rechte Gewalt 2015-2019

Im Vergleich zu den Vorjahren war 2017 ein deutlicher Rückgang der Angriffe und der davon direkt betroffenen Menschen zu verzeichnen. Seitdem ist aber wieder eine leichte Zunahme – insbesondere bei der Zahl der direkt Betroffenen – festzustellen.

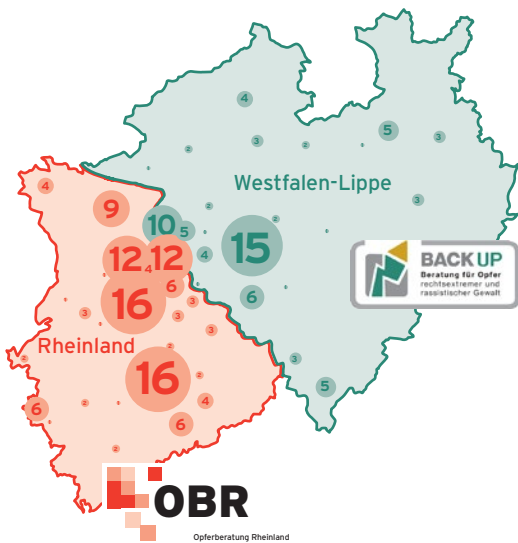
Im Zeitraum 2015 bis 2019 wurde täglich mindestens ein Mensch aus rechten, rassistischen oder antisemitischen Motiven körperlich angegriffen oder massiv bedroht. Jenseits dieser rein statistischen Zahlen gibt die „Chronik rechter Gewalt“ auf der OBR-Website anhand von Einzelbeispielen Einblick in das erschreckende Ausmaß und die unterschiedlichen Kontexte der Gewalt in NRW.

Rassismus ist das häufigste Tatmotiv

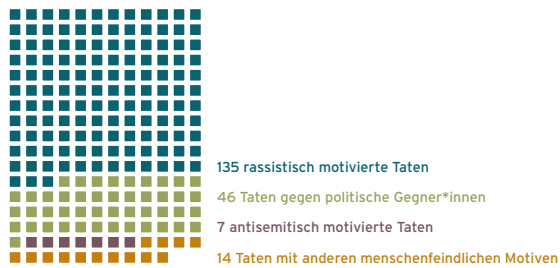
Die Monitoring-Daten von OBR und BackUp werden jeweils rückblickend für ein Jahr ausgewertet und veröffentlicht – so zuletzt in einer

Rechte Gewalt in NRW 2019

Jahresstatistik von OBR und BackUp



202 Angriffe mit 322 direkt Betroffenen



12 versuchte Tötungen 161 Körperverletzungen
15 massive Bedrohungen/Nötigungen
3 massive Sachbeschädigungen 5 Brandstiftungen
6 sonstige Gewalttaten

NRWtoffen

demokratie
leben

Landesstelle
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen

Gefördert vom

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

Abb. 2: Rechte Gewalt in NRW 2019

Pressemitteilung am 27.04.2020: Wie in den Jahren zuvor machten rassistisch motivierte Angriffe mit einem Anteil von 67 Prozent den Großteil der registrierten Gewalttaten aus (2018: 69 Prozent, 2017: 76 Prozent, 2016: 57 Prozent, 2015: 67 Prozent). Dieser hohe Anteil verdeutlicht die erschreckend hohe Gewaltbereitschaft gegenüber allen Menschen, denen eine nicht-deutsche Herkunft zugeschrieben wird, die nach Deutschland geflüchtet sind, eine als nicht weiß gelesene Hautfarbe haben oder islamischen Glaubens sind.

Besonders gravierend war 2019 die Zahl der von rassistischer Gewalt betroffenen Kinder, die sich gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelte. Immer wieder betont werden muss, dass rassistische, anti-Schwarze, muslimfeindliche und antiziganistische Gewalt nicht nur von Täter*innen aus der mehr oder weniger organisierten extrem rechten Szene ausgeht. Oft stammen die Täter*innen aus der sog. „Mitte der Gesellschaft“ und oft eskalieren gesellschaftlich weitverbreitete rassistische Ressentiments in Gewalt im Wohnumfeld der Betroffenen. Von den Sicherheitsbehörden werden derartige Gewalttaten bislang allzu oft als unpolitische Nachbarschaftskonflikte gewertet.

Bitte rechte Gewalt melden!

Die im Monitoring erhobenen Daten basieren zum einen auf öffentlich zugängliche Quellen (z. B. Antworten auf parlamentarische Anfragen, Pressemitteilungen der Ermittlungsbehörden, Medienberichte). Zum anderen werden Angaben von direkt und indirekt Betroffenen, Angehörigen, Freund*innen und Kooperationspartner*innen berücksichtigt. Das Monitoring enthält auch Gewalttaten, die nicht bei der Polizei zur Anzeige gebracht wurden und deshalb keinen Eingang in die offizielle Statistik politisch rechts motivierter Gewalt finden.

In den letzten Jahren haben uns bereits viele Menschen rechte, rassistische und antisemitische Gewalttaten gemeldet und dazu beigetragen, dass diese Angriffe auch als solche benannt und sichtbar wurden. Gleichzeitig gilt aber auch, dass trotz aller Bemühungen und Fortschritte davon ausgegangen werden muss, dass nur ein Teil der tatsächlichen Gewalt bekannt wird. Deshalb bitten wir alle direkt oder indirekt Betroffenen, Fälle rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt an uns zu melden. Dies kann zum Beispiel über eine direkte Kontaktaufnahme oder unser [Meldeformular](#) auf unserer Webseite erfolgen.

Das Monitoringteam der OBR



Warum braucht es überhaupt Bildungsarbeit?

Zur Relevanz politischer Bildungsarbeit im Kontext rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Neben der individuellen und persönlichen Beratung und Unterstützung von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt braucht es auch eine gesellschaftspolitische Auseinandersetzung mit Rassismen, Antisemitismus und politisch rechts motivierter Gewalt sowie eine Stärkung der betroffenen Personengruppen. Politische Bildung initiiert und organisiert Bildungsprozesse, in denen diese Auseinandersetzung sowohl auf individueller als auch gesamtgesellschaftlicher Ebene angestoßen wird. Damit kommt politischer Bildungsarbeit eine zentrale und notwendige Schlüsselaufgabe zu, die insbesondere im Kontext rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt bedeutsam ist. Denn ohne eine solche Bildungsarbeit, die sowohl Selbstreflexions- als auch Empowermentprozesse anregt und einfordert, verbleibt das erschreckende Ausmaß der Gewalt ein vermeintlich individuelles Problem der Betroffenen. Daher muss es zentrales Ziel politischer Bildungsarbeit sein, die Perspektiven und Stimmen von negativ Betroffenen und marginalisierten Gruppen unserer Gesellschaft zu stärken und zu verbreiten sowie gesellschaftliche Solidarisierungsprozesse mit Betroffenen nach Gewalttaten zu fördern und zu festigen.

Politische Bildungsarbeit bleibt wichtig

Nach den rechtsterroristischen, rassistisch und antisemitisch motivierten Anschlägen und Morden des NSU, von Hanau am 19. Februar 2020, von Halle am 9. Oktober 2019 sowie dem Mord an dem Kassler Regierungspräsidenten Walter Lübcke in der Nacht zum 2. Juni 2019 braucht es Selbstorganisationen von und für Betroffene, einen lauten gesellschaftlichen Widerstand und eine breite zivilgesellschaftliche Solidarität mit den Opfern, Überlebenden und Hinterbliebenen. Auch die Kontinuität politisch rechts, rassistisch und antisemitisch motivierter Gewalttaten in NRW verdeutlicht die Relevanz von Empowerment- und Solidarisierungsprozessen vor Ort. Dies ist wichtig für jeden interessierten Menschen und für Initiativen und Gruppen in Städten und Gemeinden sowie für die Vernetzung auf Landesebene. Politische Bildungsarbeit gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte

Gewalt und für gesellschaftliche Vielfalt als Normalität ermöglicht einen bewussten, langfristigen und damit nachhaltigen gesellschaftlichen Wandel. Die gesamtgesellschaftliche Bewältigung der Anschläge wie auch die Unterstützung von Betroffenen kann nur in Zusammenarbeit mit Selbstorganisationen und Betroffeneninitiativen geschehen. Daher sind uns die Perspektiven und Bedürfnisse von Betroffenen sowie die Zusammenarbeit mit lokalen Gruppen und Selbstorganisationen auch in der Bildungsarbeit grundlegend wichtig.

Bildungsangebote der OBR

Die politische Bildungsarbeit ist bereits seit einigen Jahren ein wichtiger Arbeitsbereich der OBR. Als Opferberatungsstelle ist unser Angebot offen für alle interessierten Personen und richtet sich gleichsam speziell an Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt sowie Personen, die sich sensibilisieren und solidarisch handeln möchten.

Wir freuen uns, seit diesem Jahr – und trotz der Corona-Einschränkungen – ein breites und vielseitiges Angebot rassistischer-, antisemitischer- und machtkritischer Bildung anbieten zu können. Vor allem die Förderung und Stärkung rassistismuskritischer solidarischer wie auch selbststärkender Handlungsstrategien nach rassistisch motivierten Gewalttaten sind für uns als Opferberatungsstelle aktuell grundlegend wichtig. Vor dem Hintergrund des Anschlag von Hanau sowie der nach dem Mord an George Floyds auch in Deutschland erstarkenden Black-Lives-Matter-Bewegung lag der Schwerpunkt unserer Bildungsarbeit vor allem darauf, negativ Betroffene zu stärken sowie die breite, interessierte Öffentlichkeit für Rassismus und rassistisch motivierte Gewalttaten zu sensibilisieren sowie Handlungsansätze für eine demokratische Zivilgesellschaft zu entwickeln. Unsere Workshops und Seminare umfassten beispielsweise selbststärkende Austauschräume für negativ Betroffene wie auch Reflexionsräume für Unterstützer*innen und Multiplikator*innen, die solidarisch und rassistismuskritisch an der Seite von Betroffenen handeln möchten. Diese Angebote sowie unser für alle interessierten Personen offenes Online-Seminar „Handlungsstrategien bei

rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“ im Juli dieses Jahres wurden mit großem Interesse angenommen. Deutlich zeigte sich in den Diskussionen der hohe Bedarf, Wissen über Rechte und Unterstützungsmöglichkeiten für Betroffene nach Gewalterfahrungen zu vermitteln, wie auch der Wunsch, konkrete Gegenstrategien sowie praktische Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Selbststärkende Bildungsarbeit der OBR

Selbststärkende Bildungsarbeit bei der Opferberatung Rheinland richtet sich an den Bedarfen derer aus, die negativ von rechten, rassistischen, antisemitischen und weiteren menschenverachtenden Vorfällen getroffen sind. Gewaltvolle Erfahrungen werden oftmals als individuelle Geschehnisse abgetan und marginalisiert. Aufgrund dessen ist es wichtig, selbststärkende Angebote – wie zum Beispiel gemeinsame Austausch- und Vernetzungsräume – zu schaffen. Empowernde Bildungsarbeit hat demnach den Anspruch die eigene Handlungsfähigkeit zu fördern, ohne die gesellschaftlich-politische Verantwortung für Veränderung zu beanspruchen. Zusätzlich sind Formen von Mehrfachdiskriminierungen innerhalb der selbststärkenden Arbeit mitzudenken und anzuerkennen. So werden

beispielsweise Austauschräume mit Fokus auf die Verschränkung von Rassismus und Antisemitismus sowie Rassismus im Kontext von Flucht und Asyl geschaffen.

Digitale Bildungsangebote der OBR

Auch wenn wir persönliche Seminare und Workshops sehr wichtig für den individuellen Reflektions- und Empowermentprozess finden, haben wir unser Bildungsangebot während der Corona-Pandemie auf digitale Formate umgestellt. Mit unseren Online-Seminaren und -Vorträgen wollen wir, dass auch während der Corona-Krise diese wichtigen Themen nicht aus dem Blick geraten. Für unsere fachlich fundierten und handlungsorientierten Angebote nutzen wir daher auch digital vielseitige Methoden sowie möglichst viele Austausch- und Reflexionsmöglichkeiten. Soweit es die Kontakteinschränkungen wieder mehr erlauben, werden wir zukünftig sowohl Online-Seminare, -Workshops und -Vorträge als auch unsere bewährten Präsenzveranstaltungen anbieten.

Weitere Informationen zu Grundsätzen, Zielen und aktuellen Bildungsangeboten der OBR finden Sie [hier](#).

Das Bildungsteam der OBR

Nach dem NSU-Terror: Warum wir mehr über Rassismus reden und gesellschaftliche Entfremdung verhindern müssen

Dr. Kemal Bozay

Wer von rechtem Terror und NSU spricht, darf vom Rassismus nicht schweigen! – Auch, wenn der Rassismus-Begriff heute anlehnd an geschichtliche Erfahrungen größtenteils diskreditiert ist oder ignoriert wird. [...]

Im soziologischen Sinne verstehen wir darunter zugleich Zugehörigkeitserfahrungen in einer rassistisch strukturierten und konnotierten Gesellschaft, die geprägt ist durch alltägliche Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen – welche sogar in unsere Körper eindringen. Dies zeigt sich durch die Haltung von Menschen, die wiederum durch gesellschaftliche Bilder, Stereotypen, Symbole, Darstellungen und Diskurse aus der Mitte der Gesellschaft beeinflusst werden. Zweifelsohne geht es hierbei um die rassistische Normalität im Alltag, die sich durch verschiedene Alltagspraxen und Erscheinungsbilder zeigt und einen Gewöhnungseffekt schafft. Wenn über Rassismus, faktische und symbolische Gewalt gegen Migrant*innen und Flüchtlinge gesprochen wird,

gehen wir von alltäglichen, institutionalisierten und strukturellen Formen des Rassismus aus.

Durch die in den letzten Jahren verstärkt aufgelösten Migrations-, Flucht- und Islam-Debatten – die sehr kontrovers und negativ ausgeprägt werden – hat sich ein neuer Rassismus herausgebildet, der sich in der Gestalt eines kulturellen Rassismus darstellt. Hierbei geht es weniger um die biologische Vererbung des Rassismus, sondern vor allem um die gesellschaftliche Reproduktion von kulturellen Differenzen, die die Konfiguration eines neuen Rassismus herausstellt und überbetont (vgl. Balibar/Wallerstein 2014). In diesem Rassismuskonstrukt geht es nicht mehr allein um die klassische Überlegenheit bestimmter Gruppen, Ethnien und Völker, sondern auch um die Gefahrenüberbetonung von neuen Migrations- und Fluchtbewegungen sowie die Unvereinbarkeit einiger Lebensweisen und Traditionen von Migrationsgruppen mit der Mehrheitsgesellschaft. Projiziert wird vor allem ein negatives

Bild einer homogenen „einheimischen“ Gesellschaft, die „Fremde“ und „Andere“ delegitimiert, abwertet und ausgrenzt.

Daher ist es im gesellschaftspolitischen und medialen Diskurs eklatant, wenn der Rassismus-Begriff im Umgang mit dem rechtsterroristischen Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) tabuisiert, verschwiegen oder ausgeblendet wird. Gerade die Praxis und Auswirkungen des NSU zeigen, welche Dimension und Bedeutung der „Rassismus im System“ (vgl. Radtke 2015) hat.

Von einem NSU-Trio zu sprechen, täuscht darüber hinweg, wie dicht das Netzwerk rechtsextremer Gewalt ist

Der rechte Terror in Deutschland ist keineswegs über Nacht entstanden oder erst mit dem NSU aufgeblüht, sondern zeigt in der Nachkriegszeit eine fortlaufende Kontinuität, die verschiedene Formen angenommen hat. Er hat sich seit der Gründung der Bundesrepublik permanent durch geplante und durchgeführte Sprengstoffanschläge, Brandanschläge, Morde und/oder andere Formen von rechtsterroristischer Gewalt verwirklicht. [...]

In den 1990er Jahren zeigten sich rechtsterroristische Aktivitäten vor allem in Form von Brandanschlägen auf Wohnungen von Migrant*innen und Flüchtlingsunterkünften. Den Höhepunkt bildeten die Brandanschläge in Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen, bei denen mehreren Menschen getötet wurden. Mit der Wiedervereinigung hat der rechtsextreme Terror weiter zugenommen. Neben dem NSU waren auch die Terrornetzwerke Blood & Honour, Hammerskins und Ku Klux Klan sowie mehrere andere militante Neonazi-Organisationen aktiv (vgl. Funke 2015). Auch nach der Selbst-Enttarnung des NSU nahmen die rechtsextremen Aktivitäten insbesondere seit 2014 weiter zu, so dass offizielle Stellen allein 2016 mehr als 789 rechtsextreme Anschläge insbesondere auf Flüchtlingsheime meldeten. Anfang 2016 hat eine rechtsextreme Gruppe in Freital die Bürgerwehr FTL/360 gegründet, die für zahlreiche Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte und Wohnhäuser verantwortlich ist. [...] Dieser Vorfall zeigt, dass neonazistische Organisationen und rechte Terrorgruppen weiterhin aktiv sind. [...]

Wie Opfer zu Tätern gemacht werden

Mehr als zehn Jahre wurden die Opfer des NSU als Täter stigmatisiert und kriminalisiert. Druck auf Familien, Verwandte, mehrere Razzien in Kaffeehäusern und Geschäften blieben ergebnislos, doch die Ermittler ließen nicht nach und setzten mit verschiedenen Mitteln immer

wieder die türkischen und kurdischen Anwohner*innen und insbesondere gezielt die Geschäftsleute der Keupstraße unter Druck. [...] Durch diesen völlig unbegründeten Verdacht gegen die Opfer wurden der gesellschaftliche Kontext und die rassistischen Hintergründe ausgeblendet und die persönliche Existenz zahlreicher Menschen zerstört. Kurzum: Opfer wurden zu Tätern gemacht! Hinzukommt die Furcht vor einem erneuten Bomben- oder Brandanschlag und die Enttäuschung über das Versagen der Verfolgungsbehörden, der Politik und der Medien.

Der Rassismus der Sicherheitsbehörden und der Öffentlichkeit verhinderte nach Meinung vieler Menschen auf der Keupstraße die Aufklärung dieses Nagelbombenanschlags: Während Hinweise auf einen rassistischen Hintergrund von Anfang an ausgeklammert und vernachlässigt wurden, erschien die These, migrantische Gewerbetreibende seien in „Ausländer-Kriminalität“ verwickelt, den Sicherheitsbehörden und auch der Politik unmittelbar einleuchtend und erübrigte weiteres transparentes und intensives Ermitteln. Die Enttäuschung gilt hier auch der nachlässigen Ermittlungspraxis der Sicherheitsbehörden. Die Behörden haben es nach dem Anschlag versäumt, wichtige Augenzeugen anzuhören, Zusammenhänge zu anderen Morden und Anschlägen zu suchen und transparent zu ermitteln. [...]

Solche Erfahrungen haben zweifelsohne das Vertrauen der Menschen in die Behörden zerstört. Dazu kommt, dass in den Medien negativ besetzte Begriffe wie „Döner-Morde“ verbreitet wurden und auch die Sonderkommission ausgerechnet mit dem Namen „Bosporus“ aufgetreten ist. Die Sicherheitsbehörden und politischen Eliten schlossen rassistische Hintergründe sehr früh aus und ethnisierten stattdessen die gesamten Ermittlungen. [...]

Herausforderung für die politische Bildung

Die Auseinandersetzung mit dem Themenfeld „Rechtsextremer Terror und NSU“ benötigt gegenwärtig bildungspolitische Gegenstrategien. Handlungsmöglichkeiten im Alltag (vor allem in der Jugendarbeit) müssen entwickelt werden. Allerdings wird auf die Bedeutung politischer Bildung gegenwärtig immer nur dann verwiesen, wenn „Gefahr und Gefährdung der Demokratie“ besteht. Dann kommt der politischen Bildung oft die Rolle der „Feuerwehr“ zu. Wenn die politische Bildung ihrer Bedeutung aber wirklich gerecht werden möchte, sind Kontinuität, Stetigkeit, vor allem aber die Entwicklung und Ausarbeitung differenzierter Ansätze notwendig. [...]

Die politische Bildung hat gerade in diesem Prozess die Schlüsselaufgabe, diese Zusammenhänge zu analysieren und durch vielfältige Bildungsangebote mit und für Pädagog*innen, Sozialarbeiter*innen, Erzieher*innen, Multiplikator*innen u. a. deutlich zu machen. Ferner muss daraus ein Handlungsansatz für eine demokratische Zivilgesellschaft entwickelt werden.

Da die politische Bildung im gesellschaftlichen Bildungsprozess einen wichtigen Platz einnimmt, kann sie gesellschaftspolitische Akteur*innen anregen, einen aktiven Beitrag zur Abwehr von antidemokratischen und rechtsextremen Tendenzen zu leisten. So sollen gesellschaftlichen Akteur*innen und Multiplikator*innen geschult und befähigt werden, über die gesellschaftspolitischen Auswirkungen des „rechtsextremen Terrors“ in Deutschland nachzudenken, das gewaltbereite rechtsextreme Denken und Handeln des NSU in all seinen Facetten zu erkennen und daraus Möglichkeiten des zivilgesellschaftlichen Handelns zu entwickeln. [...]

Widerstand tut not!

[...] Nach Offenlegung der NSU-Morde hat es zwar eine mediale und gesellschaftliche Empörung gegeben, doch der gesellschaftliche Widerstand ist sehr begrenzt geblieben. Es haben sich in zahlreichen Städten antirassistische Initiativen und Bewegungen gebildet, die sich vor allem auf die Solidaritätsarbeit mit den Opfern konzentrierten. Doch der gesamtgesellschaftliche Protest und Widerstand wie in den 1990er Jahren blieb aus. [...] Doch es kam nicht zu einer verstärkten Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus, vielmehr ist bundesweit eine neue rechtspopulistische und nationalistische Stimmung entstanden, die

wiederum einen Nährboden für einen neuen Rechtsextremismus bietet. [...]

Viele politisch orientierte Migrationsverbände weisen darauf hin, wie deutlich sich am Beispiel des NSU-Komplexes zeigt, wie brisant und heikel es ist, institutionellen Rassismus, strukturelle Diskriminierung und Benachteiligung zu benennen. Dabei liegt hierin die Voraussetzung für die wirksame Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung. Die Bewältigung des NSU Komplex erfordert also die Herausbildung einer neuen politischen Öffentlichkeit, die Migrant*innen, ihre Organisationen sowie andere (kritische) Akteure der Einwanderungsgesellschaft miteinbezieht. [...]

Autor:

Dr. Kemal Bozay, Professor für Sozialwissenschaften und Soziale Arbeit an der IUBH – Internationale Hochschule in Düsseldorf. Bozay arbeitet seit Jahren zu den Themen Migration, Rassismus, Rechtsextremismus, Ungleichwertigkeitsideologien, (politische) Bildung und Methoden Sozialer Arbeit.

Quellen:

- Balibar, Étienne/Wallerstein, Immanuel (2014): Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten, 3. Aufl. Hamburg: Argument Verlag.
- Radtke, Frank-Olaf (2015): Rassismus im System, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/2015, S. 17-20.
- Funke, Hajo (2015): Staatsaffäre NSU. Eine offene Untersuchung, Münster: Kontur Verlag.

Originalartikel:

- Bozay, Kemal (2016): „Wer von rechtem Terror und NSU spricht, darf von Rassismus nicht schweigen! Politische Bildung als Herausforderung.“ In: Bozay/Aslan/Mangitay/Özfiat (Hrsg.): Die haben gedacht, wir waren das. MigrantInnen über rechten Terror und Rassismus. Köln: PapyRossa Verlag. (S. 72-86).



Veranstaltungen

So, 29.09.2020: Rubicon-Fachtagung: Mehrfachdiskriminierung – (k)ein Thema für uns? Queere Perspektiven in der Arbeit zu Rassismus und Migration um 09.30 Uhr.

- **Infos und Anmeldung unter:** <https://rubicon-koeln.de/event/mehrfachdiskriminierung-kein-thema-fuer-uns/>

So, 04.10.2020: Initiative Amed Ahmad: Info- und Diskussionsveranstaltung: Halim Dener – Gefoltert, Geflüchtet, Verboten. Erschossen; in Duisburg, Kulturkirche Liebfrauen, in Kooperation mit dem „Djazz Jazzkeller“, um 18 Uhr. Anmeldung erforderlich.

- **Infos unter:** <https://initiativeamad.blackblogs.org>

Di, 13.10.2020: Initiative Amed Ahmad Gedenkunggebung zum 2. Jahrestag des Todes von Amed Ahmad in Bonn, um 18 Uhr. Ort wird noch bekannt gegeben.

- **Infos unter:** <https://initiativeamad.blackblogs.org>

Medientipps

Podcast VBRG: Vor Ort – gegen Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt. Die Podcastserie von NSU Watch und VBRG e.V.

- **Infos unter:** www.verband-brg.de/podcast

Bachelor-Thesis Demirtas, Birgül (2016): Der Brandanschlag in Solingen und seine Wahrnehmung durch die zweite Generation von türkischstämmigen Migranten.

- **Infos und Download unter:** https://landesintegrationsrat.nrw/wp-content/uploads/2016/06/Landesintegrationsrat_Demirtas_Solingen_Internet.pdf

Newsletter der Initiative 19. Februar: erinnert Euch – Empört Euch – Mobilisiert Euch!

- **Infos und Download unter:** <https://19feb-hanau.org/2020/08/01/newsletter2/>

Infomaterial VBRG: Gegen uns. Betroffene im Gespräch über rechte Gewalt nach 1990 und die Verteidigung der solidarischen Gesellschaft.

- **Infos unter:** <https://gegenuns.de>

Ausstellung Opferperspektive: Todesopfer rechter Gewalt seit 1990.

- **Infos unter:** <https://opfer-rechter-gewalt.de>

Infomaterial NSU-Watch NRW.

- **Infos unter:** <https://nrw.nsu-watch.info>

Betroffeneninitiativen und Beratungsstellen

Initiative Keupstraße

- **Website:** <http://keupstrasse-ist-ueberall.de>
- **Mail:** initiative@keupstrasse-ist-ueberall.de
- **Facebook:** [@keupstrasseistueberall](https://www.facebook.com/keupstrasseistueberall)
- **Twitter:** [@Keupstrasse](https://twitter.com/Keupstrasse)

Initiative DU 26. August 1984

- **Website:** www.inidu84.de
- **Mail:** inidu84@riseup.net
- **Facebook:** [@IniDu1984](https://www.facebook.com/IniDu1984)

Initiative Amed Ahmad

- **WebBlog:** <https://initiativeamad.blackblogs.org>
- **Mail:** initiativeamad@riseup.net
- **Facebook:** [@initiativeamada](https://www.facebook.com/initiativeamada)
- **Instagram:** [@initiativeamadahmad](https://www.instagram.com/initiativeamadahmad)

Initiative 9. Oktober Halle

- **Mail:** initiative_09_oktober_halle@riseup.net
- **Facebook:** [@initiative9oktoberhalle](https://www.facebook.com/initiative9oktoberhalle)
- **Twitter:** [@9Initiative](https://twitter.com/@9Initiative)
- **Instagram:** [@initiative_9oktoberhalle](https://www.instagram.com/initiative_9oktoberhalle)

Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG)

- **Beschreibung:** Der Dachverband der unabhängigen Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) ist ein Zusammenschluss der bundesweiten Beratungseinrichtungen, die direkt Angegriffene und Verletzte ebenso wie Zeug*innen und Angehörige nach Gewalttaten unterstützen. Die Beratungen werden kostenlos, vertraulich, vor Ort, parteilich im Sinne der Betroffenen und auf Wunsch auch anonym angeboten.
- **Website:** www.verband-brg.de
- **Liste bundesweiter Opferberatungsstellen in Deutschland:** www.verband-brg.de/beratung

Rubicon (Schwerpunkt: Anti-Gewalt)

- **Beschreibung:** Die Landeskoordination Anti-Gewalt-Arbeit für Lesben, Schwule & Trans* in NRW ist eine vom Land Nordrhein-Westfalen geförderte Fachstelle zu den Themen Diskriminierung, Gewalt und Häusliche Gewalt im Leben von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*, inter*, queeren und nicht binären Menschen. Schwerpunkte: Diskriminierung und Gewalt aufgrund der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität.
- **Website:** <https://rubicon-koeln.de/antigewalt>

Fachstelle Mehr als Queer (#MAQ)

- **Beschreibung:** Die landesweite Fachstelle #MehrAlsQueer (#MAQ) stellt Informationen zur Verfügung und bietet Beratung an. Arbeitsbereiche: Intersektionale Sensibilisierung für die Situation von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgeschlechtlichen, intergeschlechtlichen, asexuellen und queeren (LSBTIAQ*) Menschen sowie Ausgestaltung von Workshops, Vorträgen und anderen Bildungsveranstaltungen zu Themen wie LSBTIAQ* und Rassismus, die Mehrfachdiskriminierung.
- **Website:** www.mehralsqueer.de

Mädchen*arbeit NRW:

- **Beschreibung:** Die Landesarbeitsgemeinschaft Mädchen*arbeit in NRW e.V. ist ein landesweites Netzwerk und eine Fachstelle für parteiliche queer-feministische und diversitätssensible Mädchen*arbeit und Geschlechterpädagogik. Sie bietet Informationen, Beratung und Fortbildungen an und ist Herausgeberin der bundesweiten Fachzeitung »Betrifft Mädchen«.
- **Website:** www.maedchenarbeit-nrw.de

agisra:

- **Beschreibung:** Agisra ist eine autonome, feministische Informations- und Beratungsstelle von und für Migrantinnen*, geflüchtete Frauen*, Schwarze Frauen* und all diejenigen, die von Rassismus betroffen sind. Agisra bietet psychosoziale Beratung und Unterstützung für alle Migrantinnen* und Flüchtlingsfrauen* unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft, ihrer Religion, ihrem Alter, ihrer sexuellen Orientierung, ihren Sprachkenntnissen und ihrem Aufenthaltsstatus. Weiterhin bietet agisra traumasensible Beratung und Stabilisierung an.
- **Website:** <https://agisra.org>

IDA-NRW:

- **Beschreibung:** IDA-NRW, Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen, ist eine landesweite Fachstelle zu Rassismuskritik und Rechtsextremismusprävention. Arbeitsschwerpunkte mit Bezug auf Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus: Rassismuskritische Ansätze für die Kinder- und Jugendförderung sowie Stärkung der Handlungssicherheit von Trägern der Kinder- und Jugendarbeit, Praxisentwicklung für rassismuskritische und intersektionale Perspektiven in Kommunen, Institutionen und Vereine (Re_Struct), rassismuskritische Perspektiven für die Jugendarbeit im Kontext Migration & Flucht (projekt.kollektiv) sowie Impulse für die Kinder- und Jugend(sozial- und -bildungs)arbeit in der Migrationsgesellschaft.
- **Website:** www.ida-nrw.de

Hinweis auf Ratgeber für Betroffene in verschiedenen Sprachen:

Toolbox gegen Rechts:

- **Beschreibung:** Auf der Internetseite „Toolbox gegen Rechts“ finden sich Hinweise und Informationen zum Umgang mit rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Das Angebot richtet sich speziell an Jugendliche, die auf Grund ihrer Herkunft, Hautfarbe, sexuellen Orientierung oder ihres politischen Engagements zu Angriffszielen von rechten Gewalttäter*innen geworden sind. Die Website bietet Antworten auf Fragen, nach Handlungsmöglichkeiten nach einem Angriff, Unterstützungsmöglichkeiten für Betroffene, wichtige Hinweise für Entschädigungen und der Finanzierung von Arztkosten und anwaltlicher Vertretung. Jugendlichen soll so die Möglichkeit gegeben werden, selbstbestimmt mit den Angriffsfolgen umzugehen. In einem Kurzfilm wird zudem die Arbeitsweise der Opferberatungsstellen erläutert.
- **Infos:** „Toolbox gegen Rechts“ ein Projekt des VBRG e.V. in Kooperation mit Opferperspektive e.V.
- **Website:** <https://toolbox-gegen-rechts.de>

Was tun nach einem rassistischen Angriff? Empfehlungen für Betroffene in 10 Sprachen

- **Beschreibung:** Die Broschüre informiert geflüchtete Menschen in zehn Sprachen über wichtige Sofortmaßnahmen für den Fall rassistischer Gewalt. Eine klare Struktur, einfache Formulierungen und zusätzliche Illustrationen erhöhen die Verständlichkeit. Eine Perforation ermöglicht es, die Informationen in jeder Sprache einzeln herauszutrennen und bei Bedarf an andere Betroffene, Freund*innen oder Zeug*innen zu verteilen. Für die gesamte Broschüre und für jede Sprache einzeln sind außerdem QR-Codes vorhanden. Mithilfe dieser QR-Codes können die jeweiligen Inhalte auf ein Smartphone heruntergeladen werden. Die Printversion der Broschüre kann hier auf der Website von IDA-NRW bestellt werden. Die Broschüre kann zudem als Gesamtpublikation (PDF-Datei) heruntergeladen werden oder einzeln in folgenden Sprachen: Deutsch, Englisch, Französisch, Arabisch, Kurmancî, Farsi, Pashto, Tigrinya, Albanisch, Romanes.
- **Infos:** El-Qasem, Kawthar (Hg.) (2018): Was tun nach einem rassistischen Angriff? Empfehlungen für Betroffene. Hrsg. von der OBR. Düsseldorf.
- **Download:** www.opferberatung-rheinland.de/publikationen/ratgeber-fuer-betroffene/ratgeber-detail/news/k-el-qasem-hg-was-tun-nach-einem-rassistischen-angriff-empfehlungen-fuer-betroffene-duesseldo/

Sağcı, ırkçı veya antisemit bir saldırının ardından neler yapmak gerekir? Mağdurlar, aile yakınları ve tanıklar neler yapabilir ve nasıl yardım alabilirler?

- **Beschreibung:** Bu rehber sağcı, ırkçı veya antisemit sebeplerle işlenmiş bir şiddet suçuna maruz kalan kişiler, onların aile yakınları ve arkadaşları ve ayrıca şiddet suçlarının tanıkları için hazırlanmıştır. Elinizdeki rehber mağdurlara bu olağanüstü durumla baş etmeleri konusunda yardımcı olur, önemli soru ve kararlarda onlara yol gösterir. Türkischsprachige Ausgabe der Broschüre des VBRG (2019): Was tun nach einem rechten, rassistischen und antisemitischen Angriff? Ein Ratgeber für Betroffene, Angehörige und Zeug*innen
- **Infos:** VBRG (Hg.) (2019): Sağcı, ırkçı veya antisemit bir saldırının ardından neler yapmak gerekir? Mağdurlar, aile yakınları ve tanıklar neler yapabilir ve nasıl yardım alabilirler? 1. Türkçe Baskı. Berlin. VBRG – Sağcı, İrkçı ve Antisemit Siddet Mağdurları Danışma Merkezleri Birliği
- **Download:** www.verband-brg.de/wp-content/uploads/2019/08/VBRG_Ratgeber_tuerkisch_web_2019.pdf

What to do after a right-wing, racist or anti-Semitic attack? Possibilities for action and help for victims, relatives and witnesses.

- **Beschreibung:** This guide is aimed at people who have experienced right-wing, racist, antigay or anti-Semitic violence, their relatives and friends and witnesses of an attack. This guide is intended to help those affected to find their way in a non-routine situation by giving a brief guide to important questions and decisions. Englischsprachige Ausgabe der Broschüre des VBRG (2019): Was tun nach einem rechten, rassistischen und antisemitischen Angriff? Ein Ratgeber für Betroffene, Angehörige und Zeug*innen
- **Infos:** VBRG (Hg.) (2019): What to do after a right-wing, racist or anti-Semitic attack? Possibilities for action and help for victims, relatives and witnesses. A guidebook. Berlin. VBRG – Association of Counseling Centres for Victims of Right-wing, Racist and Anti-Semitic Violence in Germany
- **Download:** www.verband-brg.de/wp-content/uploads/2019/06/VBRG_What_to_do_after_an_right-wing_racist_anti-Semitic_attack_ENGLISCH_webversion.pdf

Impressum

Online-Magazin „Hinsehen“ der OBR

Copyright © 2020
Redaktionsschluss: 25.08.2020
Düsseldorf, August 2020
ISSN 2749-4748

Herausgeber:

Opferberatung Rheinland (OBR) – Beratung und Unterstützung für Betroffene rechtsextremer und rassistischer Gewalt c/o IDA-NRW
Volmerswerther Straße 20 | 40221 Düsseldorf

info@opferberatung-rheinland.de
www.opferberatung-rheinland.de

Tel: 02 11 / 1 57 60 52-66
Fax: 02 11 / 15 92 55-69

Redaktion: Team der Opferberatung Rheinland

V.i.S.d.P.: Ansgar Drücker (Geschäftsführer IDA e.V.)

Layout: Doris Busch Grafikdesign

Informationen ohne Quellenangabe sind unterschiedlichen Mitglieds- oder Verbandszeitschriften, Websites sowie Pressemitteilungen entnommen.

Datenschutz

Wir haben zum Versenden des Online-Magazins Ihre E-Mail-Adresse (und ggf. weitere personenbezogene Daten) gespeichert. Wir nutzen die gespeicherten Kontaktdaten nur, um Ihnen das Online-Magazin zukommen zu lassen.

Wenn Sie das Online-Magazin nicht mehr von uns erhalten möchten, können Sie dieses jederzeit abbestellen, indem Sie uns eine formlose E-Mail an info@opferberatung-rheinland.de senden. Wir werden die Adresse dann aus dem Verteiler entfernen.

Gefördert durch:

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**

NRWeltoffen

demokratie
leben

Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Ministerium für
Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen

